



Entwurf des Grundsatzprogramms der CDU Sachsen-Anhalt „Heimat mit Zukunft“

Beschlossen auf dem 22. Landesparteitag der CDU Sachsen-Anhalt, 10. November 2012, cCe Kulturhaus Leuna

Erste grammatikalisch und orthografisch überarbeitete Fassung.

DIE
SACHSEN-ANHALT
PARTEI

CDU

Inhaltsverzeichnis

1. Unsere Identität als christliche Demokraten.....	1
2. Familie und Gleichstellung.....	3
3. Bildung, Kultur und Medien.....	8
4. Wissenschaft und Wirtschaft	11
5. Umwelt und Energie	14
6. Arbeit, Gesundheit und Soziales.....	18
7. Steuern und Finanzen.....	21
8. Landesentwicklung und Verkehr	22
9. Inneres und Sport.....	25
10. Kommunales	28
11. Recht und Justiz.....	31
12. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	34
13. Bundes- und Europaangelegenheiten	38

1. UNSERE IDENTITÄT ALS CHRISTLICHE DEMOKRATEN – MENSCHENBILD UND GRUNDWERTE DER CDU

Die Volkspartei der Mitte

Die CDU in Sachsen-Anhalt ist die Volkspartei der Mitte. Sie ist die Sachsen-Anhalt-Partei und wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis des Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.

Das christliche Verständnis des Menschen gibt uns die ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Dennoch wissen wir, dass sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt. Die CDU ist für jeden offen, der Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Auf diesem Fundament baut unser gemeinsames Handeln in der CDU auf.

Die CDU wurde von Bürgerinnen und Bürgern gegründet, die nach dem Scheitern der Weimarer Republik, den Verbrechen des Nationalsozialismus und angesichts des kommunistischen Herrschaftsanspruchs nach 1945 die Zukunft Deutschlands mit einer christlich geprägten Volkspartei gestalten wollten. In ihr fanden sich katholische und evangelische Christen, Frauen und Männer aus allen Regionen und sozialen Schichten zusammen. Die CDU hat konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln. In Sachsen-Anhalt stehen dafür die Gründungsväter Dr. Leo Herwegen, Jacob Kaiser und Erich Fascher. Auf der Grundlage gemeinsamer Wertüberzeugungen haben Mitglieder der CDU im Parlamentarischen Rat an der Erarbeitung des Grundgesetzes aktiv mitgewirkt und für Jahrzehnte die politischen Grundentscheidungen im freien Teil Deutschlands bestimmt – zum Beispiel die Soziale Marktwirtschaft, alle großen Sozialgesetze, die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft und die Einigung Deutschlands und Europas. Der CDU im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands blieb dies verwehrt. Von aufrechten Frauen und Männern gegründet, war die CDU – wie andere frei gegründete Parteien auch – in der sowjetischen Besatzungszone bereits kurz nach ihrer Gründung schweren Repressalien durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ausgesetzt. Etliche Mitglieder mussten ihr Bekenntnis zu unserer Partei und ihren Widerstand gegen die Politik der SED sogar mit dem Leben bezahlen. Während die SED eine andere frei gegründete Partei zwangsvereinigte, wurde der CDU die Rolle einer Blockpartei aufgezwungen. Trotzdem hielten viele aufrechte Freunde die Idee der christlichen Demokratie auch in Zeiten der SED-Diktatur wach. Sie versuchten, in den sich bietenden Freiräumen zu wirken und konnten so einen Beitrag zur friedlichen Revolution leisten. Gleichwohl hat die CDU in der DDR im totalitären System der SED-Diktatur mitgewirkt. Die CDU nimmt die ganze Geschichte Deutschlands und damit auch die der eigenen Partei an und stellt sich dem notwendigen Prozess der Aufarbeitung und Erneuerung. Wir wissen um die verheerenden Folgen totalitärer Machtsysteme und setzen das Werteverständnis des christlichen Menschenbildes allen Formen des Radikalismus und Extremismus von rechts oder links entgegen.

Die geistigen und politischen Grundlagen der CDU sind in der Sozialethik der christlichen Kirchen, in der liberalen Tradition der Aufklärung, in der wertkonservativen Pflege von Bindungen, sowie im christlich und patriotisch motivierten Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu finden. Der Staat darf nicht allmächtig sein.

Zur Identität der CDU gehören auch die friedliche Revolution von 1989, die die kommunistische Diktatur der DDR überwand, und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Die Leistungen und

49 die Erfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern aus den neuen Ländern bereichern unser Gemein-
50 wesen und die CDU. Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit.

51

52 **Unser christliches Menschenbild und unsere Grundwerte**

53

54 Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen. Aus dem christlichen Bild des
55 Menschen folgt, dass wir uns zu seiner unantastbaren Würde bekennen. Die Würde aller Men-
56 schen ist gleich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter, von religiöser und poli-
57 tischer Überzeugung, von Behinderung, Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Misserfolg
58 und vom Urteil anderer. Wir achten jeden Menschen als einmalige und unverfügbare Person in
59 allen Lebensphasen. Die Würde des Menschen – auch des ungeborenen und des sterbenden – ist
60 unantastbar.

61

62 Aus der Würde des Menschen erwächst sein Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und
63 zugleich die Verantwortung gegenüber dem Nächsten. Der Mensch besitzt die Freiheit zur sittli-
64 chen Entscheidung. Er steht nach christlichem Verständnis in der Verantwortung vor Gott und vor
65 seinem Gewissen und ist auf Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angelegt.

66 Gleichwohl kennt unser christliches Verständnis den Menschen nach dem Sündenfall auch in sei-
67 ner Ambivalenz in der Hinneigung zum Guten oder zum Bösen. Jeder Mensch ist Schuld und Irr-
68 tum ausgesetzt.

69 Darum sind auch der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt. Der Mensch
70 braucht also haltende Kräfte und begrenzende Vorgaben. Diese Einsicht bewahrt uns vor ideologi-
71 schen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöh-
72 nung.

73

74 Wir verstehen den Menschen als Teil der Schöpfung. Es steht ihm nicht zu, nach Belieben über die
75 Natur zu verfügen. Sie ist uns zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut. Wir sind dafür verant-
76 wortlich, wie wir sie den nachfolgenden Generationen weitergeben.

77

78 Auf diesem Menschenbild beruhen die Grundlagen der demokratischen Rechts- und Verfassungs-
79 staaten. Das gilt auch für diejenigen, die Würde, Gleichheit und Freiheit des Menschen nicht aus
80 dem christlichen Glauben herleiten.

81 Aus der Anerkennung der gleichen und unveräußerlichen Würde eines jeden Menschen leiten sich
82 unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ab.

83

84 **Freiheit in Verantwortung vor Gott und den Menschen**

85

86 Unser freiheitlicher Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Wert-
87 überzeugungen lassen sich nicht staatlich verordnen. Sie bilden vielmehr den gewachsenen ge-
88 sellschaftlichen Konsens, aus dem heraus Freiheit und Verantwortung gelebt werden.

89

90 Wir bekennen uns zur Präambel des Grundgesetzes und unserer Landesverfassung und damit zu
91 unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen. Das Grundgesetz und unsere Landesverfas-
92 sung beruhen auf Werten, die christlichen Ursprungs sind. Sie haben unser Land und unsere Ge-
93 sellschaft grundlegend geprägt. Sie im Bewusstsein zu halten, zu bewahren und ihnen Geltung zu
94 verschaffen, verstehen wir nicht nur als Aufgabe der christlichen Kirchen, sondern auch als eine
95 vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgern. Christliche Symbole müssen im öffentlichen Raum
96 sichtbar bleiben. Sie sind ebenso zu schützen wie die christlich geprägten Sonn- und Feiertage.

97

98 Gleichzeitig erkennen wir an, dass auch andere Religionen Werte vermitteln, die einen positiven
99 Einfluss auf unsere Gesellschaft und unsere freiheitliche Grundordnung ausüben können. Wir ach-
100 ten alle Religionszugehörigkeiten. Dies erwarten wir ebenso von allen Angehörigen der unter-
101 schiedlichen Religionen. Besondere Verantwortung tragen wir für die jüdischen Gemeinden in
102 unserem Land. Sie sind Teil unserer Kultur und ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesell-
103 schaft.

104
105 Wir bekennen uns zur Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der christlichen Kirchen und der aner-
106 kannten Religionsgemeinschaften. Wir sehen sie in der Mitverantwortung für das Gemeinwohl und
107 bekennen uns daher zum bestehenden System der Erhebung von Kirchensteuern. Wir stehen zu
108 den abgeschlossenen Staatskirchenverträgen und zum Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemein-
109 schaft. Wir anerkennen ihre vorbildlichen Leistungen im praktischen Dienst am Nächsten. Die
110 Freiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, in die Gesellschaft hinein zu wirken, muss un-
111 antastbar bleiben. Unsere freiheitliche Rechtsordnung garantiert das Recht auf freie Religionsaus-
112 übung. Wir wollen den ständigen Dialog der Religionen unterstützen.

113

114 **2. FAMILIE UND GLEICHSTELLUNG**

115

116 **Zukunftsfähige, aktive und moderne Familienpolitik**

117

118 Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Familien
119 haben einen herausragenden Wert für unsere Gesellschaft. Insbesondere junge Familien mit klei-
120 nen Kindern, Familien in besonderen Belastungssituationen und Familien, in denen Angehörige
121 der älteren Generation gepflegt werden, brauchen Unterstützung.

122 Die Ehe ist für uns das Leitbild. Auf der Grundlage unserer christlichen Werte und kulturellen Prä-
123 gungen erweist sie sich als stabilste Lebensgemeinschaft. Ehe und Familie genießen zu Recht den
124 Schutz des Grundgesetzes und unserer Gesellschaft.

125

126 Die Familie ist der Schutzraum, in dem sich individuelle Fähigkeiten der Kinder entwickeln können,
127 Solidarität gelebt wird und für unsere Gesellschaft existenzielle Werte und Tugenden weitergege-
128 ben werden. Ohne Kinder und Jugendliche hat eine Gesellschaft keine Zukunft. Für uns ist Kinder-
129 lärm Zukunftsmusik. Für Familien bedeuten Kinder bzw. Enkelkinder vor allem Glück und Erfül-
130 lung. Kinder zu haben, muss wieder als Bereicherung und nicht als Belastung empfunden werden.
131 Dazu gehört auch der Schutz des ungeborenen Lebens.

132

133 Unser vorrangiges Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Menschen in unserem
134 Land Arbeit und Auskommen ermöglichen und Familien mit Kindern mehr Anerkennung und Be-
135 deutung zollen. Familienpolitik ist für uns ein eigenes Politikfeld und eine ressortübergreifende
136 Daueraufgabe. Vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft ist eine zukunftssichernde
137 Familienpolitik auch eine Generationenpolitik.

138

139 Trotz Demografie und Abwanderung bedeutet Familienförderung mehr als nur die Erhöhung der
140 Geburtenrate in unserem Land. Wir wollen weiterhin ein kinder- und familienfreundliches Land
141 sein, das gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine familienorientierte
142 Dienstleistungs-, Wohn- und Infrastruktur und eine hohe Qualität der vorschulischen und schuli-
143 schen Bildung sowie der Ausbildung bietet.

144 Wir wollen die Wünsche von Frauen und Männern nach Kindern fördern, indem Hindernisse abge-
145 baut werden, die der Realisierung von Kinderwünschen entgegenstehen, und Anreize schaffen,

146 den Kinderwunsch zu verwirklichen. Wir wollen die Erziehungskraft der Familie stärken. Sie ist
147 durch staatliche Hilfen umfassend zu unterstützen, aber nicht zu ersetzen.

148

149 **Rollen von Müttern und Vätern stärken**

150

151 Ein modernes Verständnis der Rollen von Frauen und Männern ist die Basis für eine kinderorien-
152 tierte Politik. Mütter und Väter müssen die Sicherheit haben, dass ihre Entscheidung für Kinder
153 Respekt und Unterstützung verdient und nicht im Widerspruch zu ihren sonstigen persönlichen
154 oder beruflichen Wünschen stehen muss. Sie sollen in partnerschaftlicher Weise Verantwortung
155 für ihre Familien übernehmen können. Das schließt ein Familienmodell ein, bei dem sich die Eltern
156 partnerschaftlich darauf geeinigt haben, dass nur ein Elternteil während der Betreuungszeit der
157 Kinder einer Erwerbstätigkeit nachgeht.

158 Die Erwerbstätigkeit von Müttern und die Familienarbeit von Vätern sind neben anderen Lebens-
159 entwürfen gelebte Normalität. Frauen und Männer sind gleichberechtigt an Erwerbs- und Familien-
160 arbeit beteiligt. Wir lehnen es ab, Familien- und Erwerbsarbeit gegeneinander auszuspielen.

161

162 **Gleichberechtigt leben**

163

164 Jeder Mensch hat das Recht auf freie Entfaltung. Chancengerechtigkeit und die Befähigung zu
165 eigenverantwortlicher Lebensgestaltung ist daher unser Ziel. Eine erfolgreiche Familienpolitik be-
166 deutet daher auch immer eine konsequente Gleichstellungspolitik. Der Wunsch nach beruflichem
167 Erfolg darf nicht konkurrieren mit dem Wunsch nach eigenen Kindern. Beides muss möglich sein.

168 Wir setzen uns für eine konsequente Frauenförderung in Führungspositionen ein. Wir wollen, dass
169 Familienzeiten wegen Kindererziehung oder Pflege von älteren Angehörigen auch durch einen
170 problemlosen Wiedereinstieg in das Berufsleben honoriert werden.

171 Das große Interesse am bundesweiten Girls- und Boysday zeigt, dass geschlechtsspezifische
172 Rollenmuster bei der Berufswahl ohne Bedeutung sein sollten. Gerade bei den nach wie vor von
173 Frauen dominierten sozialen Berufen wünschen wir uns einen größeren Anteil von pflegenden
174 oder erziehenden Männern.

175

176 **Uneingeschränkte Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft gewährleisten**

177

178 Wir wollen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Selbstbestimmung von Menschen mit
179 Behinderungen für die Zukunft sichern. Das bedeutet, dass wir die Rahmenbedingungen dafür
180 schaffen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am kulturellen, sozialen, beruflichen
181 und politischen Leben teilnehmen können. Teilhabe bedeutet, dass die Solidargemeinschaft Men-
182 schen mit Behinderungen oder Einschränkungen dort unterstützt, wo individuelle Nachteile auszu-
183 gleichen sind. Es gilt, den selbstverständlichen Umgang zwischen Behinderten und Nichtbehinder-
184 ten – mit ihren jeweiligen Stärken und Schwächen – schon im Kindesalter zu erlernen, um Barrie-
185 ren in den Köpfen abzubauen. Dies gelingt am besten durch gemeinsame Bildung und Erziehung
186 in den Familien, in den Kindereinrichtungen und in den Schulen. Gleichwohl muss das Kind mit
187 seinen Grenzen und Möglichkeiten im Mittelpunkt stehen, um es bestmöglich zu fördern und vor
188 Überforderung zu schützen.

189 Barrierefreiheit für alle Arten von Behinderung oder Einschränkung und damit das jeweils geeigne-
190 te Lebensumfeld zu schaffen, das vom Kleinkind bis zum Erwachsenen im Erwerbsalter und bis
191 hin zum Hochbetagten Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht, muss ein gesamt-
192 gesellschaftliches Ziel sein und umfasst alle Bereiche des Lebensalltags gleichermaßen wie Mobi-
193 lität, Bildung, Gesundheitswesen, die öffentliche Verwaltung, behindertengerechtes Wohnen sowie
194 auch kulturelle Einrichtungen und den Sport.

195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243

Kinderwünsche fördern

Zur Stärkung der Familie sollen Eheschließungen durch zinslose und einkommensunabhängige Familienstandsdarlehen gefördert werden. Um Paaren mit medizinisch indizierter Unfruchtbarkeit den Wunsch nach eigenen Kindern zu ermöglichen, dürfen künstliche Befruchtungen nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Mit einem die Bundeshilfen ergänzenden Landesgeld wollen wir diese unterstützen.

Familie und Beruf vereinbaren

Der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben kommt eine hohe Bedeutung zu. Das Einkommen aus Erwerbstätigkeit ist Existenz sichernde Grundlage für Menschen. Müttern und Vätern darf keine Benachteiligung beim Arbeitseinkommen, beim beruflichen Fortkommen und Aufstieg und bei der Arbeitszeitgestaltung entstehen. Eine familienbewusste Personalpolitik bietet Vorteile für die Unternehmen. Ziel ist es, die Bedürfnisse von Unternehmen an die Flexibilität ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Bedürfnissen von Müttern und Vätern in Einklang zu bringen. Nicht die Familien müssen sich dem Beruf anpassen, sondern die beruflichen Situationen an die Bedürfnisse von Familien. Wir brauchen eine familienfreundlichere Personal- und Wirtschaftspolitik. Diese wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft ausgestalten.

Familienleistungen anerkennen

Die in der Familie erworbenen besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen sollen bei Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst im Rahmen der Beurteilung von Leistung, Eignung und Befähigung berücksichtigt werden. Wir befürworten die Einführung des Elterngeldes und die Teilung von Erziehungszeiten, um beiden Elternteilen die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die Modelle der sozialen Sicherung in Deutschland stehen vor einer harten Bewährungsprobe. Eine Neuausrichtung ist nötig. Durch die Einführung privater Absicherungselemente und Eigenbeteiligungen dürfen Familien mit Kindern nicht benachteiligt werden. Bei einer Reform der sozialen Sicherungssysteme müssen die Bedürfnisse von Familien oberste Priorität haben. Vor allem von Frauen wird gegenwärtig nach wie vor die unbezahlte Familien- und Erziehungsarbeit geleistet. Diese gilt es stärker als bisher etwa bei der Rentenversicherung zu berücksichtigen.

Einkommens-, Steuer-, Finanz- und Abgabenpolitik familiengerecht gestalten

Familien mit Kindern sind erheblichen finanziellen Belastungen ausgesetzt, ohne dass ihr gesellschaftlicher Beitrag ausreichend gewürdigt wird. Eine Unterbrechung der Berufstätigkeit zugunsten der Kindererziehung bedeutet immer noch massive Einkommensverluste für die Familie. Die bestehenden Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern verhindern insbesondere, dass sich mehr Väter für die Inanspruchnahme der Elternzeit entscheiden. Ein Kind darf nicht als finanzielle Belastung empfunden werden. Durch Einführung einer Kinderkomponente setzen wir uns für eine Ausweitung des Ehegattensplittings zum Familiensplitting ein. Eltern, die aufgrund eines geringen Einkommens von dem Steuerfreibetrag nicht profitieren können, soll ein Kindergeld in angemessener Höhe gezahlt werden. Gebühren und Abgaben belasten Familien mit Kindern oftmals unverhältnismäßig. Wir brauchen unter Schaffung entsprechender gesetzlicher Grundlagen im Abgaben- und Gebührenrecht eine

244 Umschichtung. Dazu müssen die kommunalen Gebühren und Abgaben überprüft werden. Darüber
245 hinaus setzen wir uns für Ermäßigungen bei der Inanspruchnahme von öffentlichen Dienstleistun-
246 gen und familienfreundliche Angebote zur Nutzung des ÖPNV ein.

247

248 **Qualität der Bildung stetig weiterentwickeln**

249

250 Gute Bildung bedeutet bessere Zukunftschancen. Dies setzt einen ungehinderten Zugang zu Bil-
251 dung voraus. Hohe Bildungsstandards eröffnen bessere Chancen für einen gleichberechtigten Zu-
252 gang von Frauen und Männern zu Existenz sichernder Beschäftigung.

253 Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich für den Bestand und für die qualifizierte Weiterentwicklung des
254 guten Kinderbetreuungsangebotes von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege ein. Wer
255 verantwortlich für Bildung von Anfang an eintritt, muss zur kontinuierlichen qualifizierten Aus-, Fort-
256 und Weiterbildung bereit sein. Neben der Bereitschaft des Einzelnen zur stetigen Verbesserung
257 seiner Qualifizierung gehört dazu auch die Selbstverpflichtung der jeweiligen Träger.

258 Im Rahmen der qualifizierten Weiterentwicklung treten wir für einen Umbau von Kindertagesein-
259 richtungen in nachbarschaftsbezogene Kind-Eltern-Zentren ein, wo alle Generationen eine Anlauf-
260 stelle finden können. Wir wollen die Zusammenarbeit von Schulen, Kindertageseinrichtungen und
261 Tagespflege stärker vernetzen.

262 Alle Kinder sollen einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Bildung und Betreuung haben. Mehr-
263 kind-Familien wollen wir dabei finanziell entlasten. Flexible Öffnungs- und Betreuungszeiten, Ta-
264 gespflegestellen, Betriebskindergärten und mobile Angebote sollen zur besseren Vereinbarkeit von
265 Familie und Beruf beitragen. Das Recht der Eltern auf freie Wahl der Kindertagesstätte muss ge-
266 währleistet bleiben.

267

268 **Eltern in ihrer Kompetenz stärken**

269

270 Im Sinne des Erziehungsprimats und des Subsidiaritätsgedankens sehen wir die Eltern an erster
271 Stelle in der Verantwortung für die Erziehung und Bildung von Kindern. Erst wenn Eltern diesem
272 Auftrag – aus welchen Gründen auch immer – nicht nachkommen können, sollen staatliche Stellen
273 eingreifen. Dabei hat die Hilfe zur Selbsthilfe Vorrang vor anderen behördlichen Maßnahmen.
274 Durch entsprechende Beratungsangebote und eine Familienbildung, die allen Familien zugänglich
275 ist, wollen wir Eltern in ihrer Kompetenz stärken.

276

277 **Kinder und Jugendliche schützen**

278

279 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung. Neben den bestehenden
280 gesetzlichen Regelungen ist der Schutz von Kindern vor physischem und psychischem Missbrauch
281 nicht nur eine Aufgabe von Behörden und anderen staatlichen Stellen, sondern aller Bürger. Dazu
282 gehören auch Aufklärungskampagnen zu den Folgen des Missbrauchs von legalen und illegalen
283 Drogen. Daneben treten wir dafür ein, dass Medienkunde, zum Beispiel zur Nutzung von sozialen
284 Netzwerken im Internet, Bestandteil der Lehrpläne in den Schulen Sachsen-Anhalts wird.

285

286 **Jugendlichen Freiräume in der Gesellschaft schaffen**

287

288 Jugendliche bzw. junge Menschen brauchen Freiräume, um sich in ihrer Freizeit auszuprobieren,
289 um Erfahrungen zu machen, die ihre Persönlichkeit mitformen. Durch die Gesellschaft sind ent-
290 sprechende Freiräume zu schaffen bzw. zu erhalten. Dies kann zum Beispiel in Form von Kinder-
291 und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie im Sport erfolgen. Dabei sind die Möglichkeiten der Selbst-
292 verwaltung und damit die Übertragung von Verantwortung an die Jugendlichen weitestgehend

293 auszuschöpfen. Solche Angebote brauchen eine sichere finanzielle Basis. Die CDU wird sich da-
294 her aus einem übergeordneten landesweiten Interesse für die Fortführung und Weiterentwicklung
295 der entsprechenden Finanzierungsinstrumente (z.B. Jugendpauschale, Fachkräfteprogramm,
296 Sportförderung) einsetzen. Darüber hinaus muss es im eigenen Interesse der Kommunen liegen,
297 die Kinder- und Jugendarbeit als Pflichtaufgabe verantwortungsvoll wahrzunehmen und entspre-
298 chend finanziell zu sichern.
299

300 **Weltoffenheit und Toleranz bei Kindern und Jugendlichen fördern**

301
302 In Zeiten zunehmender Globalisierung ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche erkennen, wel-
303 che Möglichkeiten sich hierdurch ergeben. Gleichzeitig ist die Vermittlung eines Heimatgefühls und
304 das Bewusstsein für die reiche Geschichte unseres Landes die Basis für den Austausch mit Men-
305 schen aus anderen Ländern. Nur wer weiß, wo seine eigenen Wurzeln liegen, kann mit offenem
306 Geist auf andere zugehen und vorurteilsfrei deren Lebenswelten kennenlernen.
307

308 **Kinder und Jugendliche zu einem selbstverantworteten Leben erziehen**

309
310 Unser Ziel ist es, Kinder und Jugendliche durch Erziehung und Bildung zu einem Leben in Selbst-
311 verantwortung zu erziehen. Dies kann nicht allein Aufgabe von Schule und anderen öffentlichen
312 Angeboten sein. Gerade der liebe- und respektvolle Umgang mit Eltern und Familie legt das Fun-
313 dament für ein sinnerfülltes und glückliches Leben. Dazu gehört auch die Etablierung von dauer-
314 haften Instrumenten, um einen möglichst reibungslosen Übergang von der Schule in eine berufli-
315 che Ausbildung sicherzustellen.

316 Insbesondere benachteiligte Jugendliche sind häufig auf Unterstützung bei diesem Übergang an-
317 gewiesen. Durch Modellprojekte wollen wir Jugendliche beim Übergang von Ausbildung in Beruf
318 besser unterstützen sowie behindernde Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und anderen Hilfesys-
319 temen wie SGB II, SGB III und SGB XII abbauen.
320

321 **Soziale Infrastruktur und Wohnen familienfreundlich gestalten**

322
323 Zentral für Bedürfnisse von Familien ist ihre Wohnsituation. Möglichkeiten, Wohneigentum günstig
324 zu erwerben, bezahlbare Mietwohnungen und ein breites Angebot an familien- und kindgerechten
325 Wohnungen und Häusern bieten Sicherheit für Familien in Sachsen-Anhalt.

326 Wohnortnahe Dienstleistungen, wie Kindergärten, Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten, die Schaffung
327 sicherer Schulwege, barrierefreier Zugänge zum ÖPNV sowie von Sport- und Spielmöglichkeiten,
328 sind wichtige Eckpunkte einer kinderfreundlichen Stadtplanung, um schon durch die Umfeldgestal-
329 tung Signale zu setzen, dass in Sachsen-Anhalt Kinder oberste Priorität haben. Wir wollen für Fa-
330 milien einen besonderen Zugang zu Wohn- und Grundeigentum schaffen. Dazu wollen wir die lan-
331 deseigene Wohneigentumsförderung weiterentwickeln und um ein Baukindergeld ergänzen.

332 Bei der Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes setzen wir uns für eine aktive Beteiligung
333 von Kindern und Jugendlichen ein. Die Instrumente reichen dabei von Gesprächen zur Gestaltung
334 eines neuen Spielplatzes bis hin zu Kinder- und Jugendgemeinderäten bzw. zum Kinder- und Ju-
335 gendparlament. Dabei kommt es darauf an, Anliegen, Anregungen und Kritik der Kinder und Ju-
336 gendliche ernst zu nehmen und sorgfältig zu prüfen. Kinder und Jugendliche werden sensibilisiert,
337 an demokratischen Prozessen mitzuwirken. So wird frühzeitig das Bewusstsein für die Wichtigkeit
338 der Beteiligung an demokratischen Entscheidungen, wie Wahlen, entwickelt und gestärkt.
339

340 Für eine zukunftsfähige, aktive und moderne Familienpolitik brauchen wir ein Umdenken. Wir
341 brauchen – unter Einbindung von Politik, den bestehenden Organisationen, Verbänden und Struk-

342 turen auf Landes- und kommunaler Ebene – eine gemeinsame Politikoffensive und ein breit ange-
343 legtes Bündnis für Familien.

344

345 **3. BILDUNG, KULTUR UND MEDIEN**

346

347 Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine
348 seinen Begabungen und Talenten, seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Erziehung,
349 Bildung und Ausbildung. Dazu brauchen wir leistungsfähige Kindertagesstätten und Schulen, die in
350 der Lage sind, sich flexibel auf gesellschaftliche Entwicklungen einzustellen. Wir achten das
351 Grundgesetz, nach dem die Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern und
352 die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht ist.

353

354 Die CDU bekennt sich zum gegliederten Schulwesen. Dieses basiert auf der Grundschule und der
355 Sekundarschule, die zur Berufsausbildungsreife führt, sowie dem Gymnasium, das mit dem Abitur
356 die Hochschulreife vergibt.

357 Die Konkurrenzfähigkeit unserer Abschlüsse muss gesichert bleiben. Aus jedem Abschluss muss
358 ein Anschluss werden.

359

360 Soweit es die Eltern wünschen, sind Ganztagsangebote zu schaffen. Voraussetzung solcher An-
361 gebote sind qualifiziertes pädagogisches Personal, bedarfsgerechte Räumlichkeiten einschließlich
362 Lehrerarbeitsplätze, Essensversorgung und ein fundiertes inhaltliches Konzept.

363

364 Die Ergebnisqualität der schulischen Leistung und der Erziehung im pädagogischen Prozess des
365 Systems Schule ist regelmäßig zu evaluieren. Die Daten dieser Überprüfung sind öffentlich zu ma-
366 chen.

367

368 Wir streben zentrale und länderübergreifend abgestimmte Abschlussprüfungen vor allem für Sach-
369 sen-Anhalt, Thüringen und Sachsen an. Es ist ein Gebot der Vernunft, dass die für erfolgreiche
370 Prüfungen zu erbringenden Leistungen in ganz Deutschland gleichwertig sind.

371

372 Die CDU bekennt sich zu Schulen in freier Trägerschaft als festem und gleichberechtigtem Be-
373 standteil der pluralen Bildungslandschaft und zu einer angemessenen, auskömmlichen Finanzaus-
374 stattung.

375

376 Wir wollen das Wahlrecht der Eltern, bei sonderpädagogischem Förderbedarf über den Besuch
377 einer allgemein bildenden oder einer Förderschule zu entscheiden, erhalten. Die gezielte Förde-
378 rung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in eigenen Lerngruppen muss auch
379 künftig möglich sein. Deshalb sind die Förderschulen als Kompetenzzentren unverzichtbar und
380 weiterhin Teil der Bildungslandschaft. Inklusion ist eine Aufgabe für alle Schulformen, aber bei wei-
381 tem nicht nur eine Aufgabe der Schulen. Auch die Kindertagesstätten sowie die Träger der Ju-
382 gend- und der Sozialhilfe müssen sich noch stärker für inklusive Bildungs- und Betreuungsangebo-
383 te öffnen. Die Sozialgesetzgebung muss dieser Entwicklung angepasst werden. Die Teilhabe an
384 der Berufs- und Arbeitswelt ist zu gewährleisten.

385

386 **Übergang Schule/Beruf**

387

388 Die CDU bekennt sich uneingeschränkt zur dualen Ausbildung als Kern der beruflichen Bildung.
389 Die Berufsvorbereitung an den Schulen ist weiter auszubauen.

390 Wir wollen modulare Ausbildungsgänge schaffen, die mit mehreren teilqualifizierenden Abschlüs-
391 sen zum Berufsbildungsabschluss führen. Die Anschlussfähigkeit und Durchlässigkeit beruflicher
392 Ausbildungsabschlüsse und Ausbildungsgänge muss ständig weiterentwickelt werden, um die At-
393 traktivität und Konkurrenzfähigkeit des dualen Berufsschulwesens zu garantieren.
394 Das Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildungslaufbahn hilft,
395 eine am Bedarf orientierte Fachkräftequalifizierung zu sichern.

396

397 **Erwachsenenbildung**

398

399 Erwachsenenbildung ist ein gleichberechtigter Bildungsbereich neben der Schulbildung, der Be-
400 rufsbildung und dem Erststudium an Hochschulen. Sie ist ein wesentliches Fundament, um die
401 Rahmenbedingungen für das lebenslange Lernen von Bürgerinnen und Bürgern des Landes zu
402 gewährleisten.

403

404 **Kultur als Ausdruck von Tradition und Innovation**

405

406 Kunst und Kultur sind feste Bestandteile menschlichen Daseins und geben Heimat. Sie reflek-
407 tieren, begleiten und gestalten persönliche und gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderun-
408 gen.

409

410 Die CDU bekennt sich zur Verantwortung für den Schutz und für die Förderung von Kunst und Kul-
411 tur. Dazu wollen wir Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, verlässliche und unabhängige För-
412 derung schaffen.

413

414 Kultur in Sachsen Anhalt ist vielfältig. Unser Land verfügt über ein reiches kulturelles Erbe, das
415 eng mit der deutschen und europäischen Geschichte verwoben ist.

416

417 Die CDU setzt sich dafür ein, dieses kulturelle Erbe für die künftigen Generationen zu bewahren.

418

419 **Träger und Orte der Kultur**

420

421 Kultur wird inhaltlich gestaltet und gelebt durch die unterschiedlichen Träger wie z.B. Kunstvereine
422 und Förderkreise, Kulturinitiativen, Heimatverbände, öffentliche und private Stiftungen und durch
423 das private und ehrenamtliche Wirken vieler Bürgerinnen und Bürger.

424 Kultur gehört untrennbar zum gesellschaftlichen Leben in Städten und Gemeinden.

425 Dementsprechend muss Kultur auch in einem Flächenland vor Ort erfahrbar und erlebbar sein.

426 Dies kann dauerhaft nur funktionieren, wenn in der Kulturgestaltung regionale und zielgruppenspe-
427 zifische Schwerpunkte gesetzt werden und auf diesem Wege eine übergreifende Infrastruktur im
428 Land sichergestellt wird, z.B. durch Theater, Museen und Bibliotheken.

429

430 **Teilhabe**

431

432 Eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz, Aktivierung und Weiterentwicklung von Kultur
433 ist ein umfassender Zugang zu kulturellen Angeboten für alle Generationen.

434 Die Teilhabe an kultureller Bildung für Kinder und Jugendliche werden wir weiterhin sicherstellen.

435 Dies findet seinen Ausdruck in dem bestehenden Angebot an künstlerischen Fächern in Schulen,
436 sowie in Musikschulen, Jugendkunstschulen und anderen Formen des kreativen Gestaltens.

437 Kunsthochschulen haben dabei neben ihrer Ausbildungsfunktion auch als Kristallisationspunkt
438 künstlerischen Schaffens für die Regionen eine wichtige Funktion.

439
440
441
442
443
444
445
446
447
448
449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465
466
467
468
469
470
471
472
473
474
475
476
477
478
479
480
481
482
483
484
485
486
487

Neben ihrem grundsätzlichen Wert gewinnen Kunst und Kultur auch als wirtschaftliche Faktoren zunehmend an Einfluss.

Die gewerbliche Kulturwirtschaft hat für die Städte eine wachsende wirtschaftliche und touristische Bedeutung. In vielen Regionen weist die Kulturwirtschaft überdurchschnittliche Wachstumsraten auf.

Medienpolitik

Die CDU Sachsen-Anhalt tritt für Unabhängigkeit, Vielfalt und Wettbewerb der Medien ein. Sachsen-Anhalt braucht eine plurale Mediengesellschaft mit modernen, leistungsstarken und wettbewerbsfähigen Medienunternehmen. Sie sind ein wichtiger Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit des Landes; und sie sind die Voraussetzung für eine freie und unabhängige Berichterstattung in einem demokratischen Gemeinwesen.

Die CDU Sachsen-Anhalt fördert den Ausbau moderner Verbreitungstechnologien und setzt sich für die rasche Versorgung des ganzen Landes und insbesondere der strukturschwachen Räume mit entsprechenden Empfangsbedingungen im neuen digitalerrestischen Standard ein.

Die CDU Sachsen-Anhalt spricht sich für eine Stärkung des Urheberrechts auch im Bereich des Internets und der Telemedien aus. Ein weltweit akzeptiertes Urheberrecht ist die Basis für eine unabhängige, existenzfähige Medienwirtschaft.

Im Zeitalter der Globalisierung gewinnt die regionale und lokale Berichterstattung als unverzichtbarer Bestandteil eines ausgewogenen Medienangebotes an herausragender Bedeutung. Programme unserer lokalen privaten Fernsehanbieter und der Bürgermedien leisten hierfür einen wichtigen Beitrag. Der Auftrag der Medienanstalt ist es, das Angebot gemeinsam mit den Veranstaltern und Trägervereinen entsprechend der technischen Entwicklung beständig fortzuentwickeln und die künftige digitale Verbreitung und Auffindbarkeit der Programme zu unterstützen.

Das duale Rundfunksystem hat sich bewährt. Es bildet den ordnungspolitischen Rahmen für die Entwicklung der Medienlandschaft auch im digitalen Zeitalter des Internets.

Das Internet hat unvorstellbare Wertschöpfungspotentiale und erhebliche Veränderungen im persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben hervorgerufen.

Die CDU will alle Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung an den Möglichkeiten des Internets teilhaben lassen, aber auch dessen Risiken minimieren.

Hierzu verfolgt die CDU folgende Ziele:

- flächendeckendes Angebot schneller und kostengünstiger Internetverbindungen
- konsequente Durchsetzung des geltenden Jugendschutzrechts
- Stärkung der Vermittlung von Medienkompetenz und Medienethik als breite gesellschaftliche Diskussion

Eine qualifizierte Medienerziehung der Kinder sollte bereits im Kindergarten beginnen und in den Bildungseinrichtungen konsequent weitergeführt werden.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

488 Die CDU Sachsen-Anhalt sieht den bisherigen Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rund-
489 funks als Grundlage auch für die künftige Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit des öffentlich-
490 rechtlichen Systems und unterstützt die Arbeit bei der Ermittlung eines sachgerechten Finanzbe-
491 darfs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

492

493 Zu den Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zählt auch, einen Beitrag zur Herstellung
494 und Verbreitung von Programmen zu Erziehungs- und Bildungszwecken zu leisten. Die CDU
495 Sachsen-Anhalt unterstützt Bestrebungen, die Informationsangebote aus und für Mitteldeutschland
496 weiter zu stärken.

497

498 **4. WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT**

499

500 Die CDU Sachsen- Anhalt misst der Wirtschaftspolitik zentrale Bedeutung zu.

501 Die CDU Sachsen-Anhalt ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen insbesondere auf
502 die Prinzipien des ehrbaren Kaufmanns, der Eigenverantwortung, der Sozialpartnerschaft, der un-
503 ternehmerischen Kultur und des fairen Miteinanders. Wirtschaftliches Wachstum als tragende Säü-
504 le unserer Gesellschaft ist kein Selbstzweck, sondern die Basis für einen angemessenen Lebens-
505 standard, Vollbeschäftigung und sozialen Frieden.

506 Eine Grundvoraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften ist die Erschließung neuer technologi-
507 scher Entwicklungen und ihrer gesellschaftlichen und ökonomischen Anwendungsbedingungen.
508 Deshalb setzen wir auf die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Innovationen sowie auf
509 eine Investitionspolitik mit Augenmaß.

510 Eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung aller Landesteile muss auch zukünftig gewährleistet
511 sein.

512 Unsere Wirtschaft braucht Großunternehmen, Mittelstand und Handwerk. Diese bedürfen beson-
513 derer Förderung. Dazu gehört eine bedarfsgerechte und flexible Berufsausbildung auf allen Quali-
514 fikationsebenen.

515 Wir setzen auf einen geordneten und chancengerechten Wettbewerb in der Wirtschaft, bei der
516 Technologieentwicklung und bei deren Überführung in die Praxis. Dabei sind die Risiken gewis-
517 senhaft abzuschätzen, aber die Chancen stärker in den Vordergrund zu rücken.

518 Wir stehen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung unter besonderer Beachtung er-
519 neuerbarer Energieträger.

520 Wir wollen Verwaltungsabläufe und Steuerrecht vereinfachen, um Innovation in Wirtschaft und
521 Gesellschaft weiter zu fördern.

522

523 **Wachstum begünstigen und Wohlstand sichern**

524

525 Für eine moderne und zukunftsgerechte Wirtschaftspolitik müssen wir das Zusammenwirken zwi-
526 schen kleineren, mittleren und großen Unternehmen sowie von Handwerk und Dienstleistern be-
527 wahren, fördern und kreativ weiterentwickeln. Um unsere Wirtschaft als Wachstumsmotor für
528 Sachsen-Anhalt zu stärken, werden wir die Wertschöpfungskette von der Erfindung bis zur kreati-
529 ven Vermarktung noch enger knüpfen.

530

531 In starken Netzwerken und Clustern wollen wir die Kompetenzen und die Vermarktung des Wirt-
532 schäfts-, Kultur- und Tourismusstandortes Sachsen-Anhalt bündeln. Mit der aktiven Einbeziehung
533 von Wissenschaftseinrichtungen wollen wir technologische Impulse für die Leistungsfähigkeit un-
534 serer Heimat und unserer Wirtschaft setzen. Die Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist
535 mitzugestalten und zum Vorteil von Sachsen-Anhalt zu nutzen.

536

537 **Unternehmerisches Denken und Wettbewerbsfähigkeit stärken**

538

539 Wir wollen einen geordneten und chancengerechten Wettbewerb, damit Wohlstand und soziale
540 Sicherung erhalten bleiben.

541

542 Die weitere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen bleibt daher eine Dauerauf-
543 gabe. In der Wirtschaft unseres Landes spielt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen
544 auch künftig die Schlüsselrolle. Viele Unternehmen sind noch zu klein und haben den Sprung zu
545 einem nachhaltigen und eigenständigen Geschäftsmodell von überregionaler Bedeutung noch vor
546 sich. Die CDU des Landes Sachsen-Anhalt sieht ihre Aufgabe darin, weiterhin eine verlässliche
547 Wirtschaftspolitik zu gewährleisten und Sachsen-Anhalt als kreativen und innovationsfreudigen
548 Industrie- und Produktionsstandort zu stärken. Dabei ist das Wachstum bestehender und die An-
549 siedlung neuer Unternehmen zu fördern. Für die Stärkung unserer heimischen Wirtschaft ist es
550 wichtig, leistungsfähige Unternehmen mit Hauptsitz im Lande zu haben.

551

552 Eine Kultur kreativen und findigen Unternehmertums zu fördern und zu unterstützen, ist uns ein
553 zentrales Ziel. Dabei brauchen wir unternehmerisches Denken natürlich nicht nur in der privaten
554 Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen Sektor; letztlich in allen gesellschaftlichen Bereichen. Mit
555 Neugier, Offenheit für Innovationen und Tatkraft werden wir die Herausforderungen des globalen
556 Wettbewerbs bestehen.

557

558 **Wissenschaft und Innovation fördern**

559

560 Forschung führt zu Erfindungen. Wir wollen, dass aus mehr Erfindungen marktfähige Produkte
561 werden. Entscheidende Handlungsfelder sind die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen
562 für Forschung und Innovation in Wissenschaft und Wirtschaft, die nachhaltige Stärkung der For-
563 schungs- und Innovationskapazitäten insbesondere des Mittelstandes und des Handwerks, die
564 Nutzung und Verbreitung der Potentiale von Kreativwirtschaft sowie Informations- und Kommuni-
565 kationstechnologie und die Ausrichtung der öffentlichen Forschungs- und Innovationsförderung auf
566 Zukunftsthemen, bei denen unser Land besonders gute Chancen zum Bestehen im internationalen
567 Wettbewerb aufweist.

568

569 Durch die fachliche Differenzierung und Einbettung von Forschung und Innovation in die Landes-
570 politik entsteht technologischer Vorsprung, der Produktivitätsvorteile generieren kann. Eine noch
571 effektivere Förderung und Vernetzung der betrieblichen und akademischen Forschung, eine aktive
572 Förderung des Technologietransfers und die konsequente Schwerpunktsetzung in einer auf
573 Wachstumsfelder ausgerichteten Grundlagenforschung sind zentrale Bestandteile einer zukunfts-
574 gerechten Wirtschaftspolitik.

575

576 Wir unterstützen die Bildung von innovativen Clustern, das heißt von Kompetenznetzwerken zur
577 Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft. Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitäre
578 Forschungseinrichtungen und Unternehmen-sollen in einem verlässlichen Rahmen zusammenar-
579 beiten können. Wir setzen uns für den Aufbau von Netzwerken zwischen Wirtschaft und Wissen-
580 schaft in strategischen Schlüsselindustrien ein. Eine befristete finanzielle Förderung ist dazu ein
581 gangbarer Weg.

582

583 **Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen stärken**

584

585 Von den Leistungen der Forschungseinrichtungen und Hochschulen (Universitäten und Fachhoch-
586 schulen) hängt es wesentlich ab, in welchem Maße in Zukunft wirtschaftliches Wachstum, gesell-
587 schaftlicher Wohlstand und stabile demokratische Verhältnisse erreichbar sind.

588

589 Wissenstransfer erfolgt in Form von Kooperationsbeziehungen und -projekten, Ausgründungen
590 aus wissenschaftlichen Einrichtungen und durch Absolventenplatzierungen. Allen drei Bereichen
591 widmen wir weiterhin verstärkte Aufmerksamkeit, um die Verfügbarkeit des Wissens und der Krea-
592 tivität aus allen Wissenschaftseinrichtungen für Wirtschaft, öffentlichen Sektor und Gesellschaft
593 fortwährend zu verbessern.

594

595 Wir ermuntern Unternehmen und gesellschaftliche Organisationen, aktiv auf die Wissenschaftsein-
596 richtungen zuzugehen und ihrerseits den Austausch zu suchen. Unser Ziel ist es, die gesamte In-
597 novationskette von der Grundlagenforschung über die angewandte Wissenschaft bis hin zur Über-
598 führung in die praktische Wirtschaft möglichst aus einem Guss zu entwickeln.

599

600 Bei Wahrung der Freiheit von Forschung und Lehre sind diejenigen Felder besonders zu entwi-
601 ckeln, in denen internationale Spitzenleistungen zu erwarten oder die für das Land besonders
602 wichtig sind. Beispiele dafür sind: Chemie- und Ingenieurwissenschaften, Kreativwirtschaft, Bio-
603 technologie, Agrar- und Ernährungswissenschaften, alternative Energien aus erneuerbaren Ener-
604 gieträgern, Klimaanpassungsstrategien (Wasserwirtschaft, Pflanzenzüchtung, Trockentoleranz),
605 Biodiversität, innovative Strategien des Unternehmertums. Zugleich sind die geistes-, sozial- und
606 kulturwissenschaftlichen Traditionen zielgerichtet weiter zu entwickeln.

607

608 Die unterschiedlichen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sind zu bündeln, sowie enger
609 untereinander und mit der Wirtschaft zu vernetzen, zum Beispiel durch Ausbau von Innovations-
610 zentren und Clustern mit abgestimmter Exzellenzförderung, Wissenschaftscampi und An-
611 Instituten. Stets soll die gesamte Wertschöpfungskette bis zu marktreifen Produkten oder Dienst-
612 leistungen beachtet werden.

613

614 Wissenschaft und Forschung sind weiterhin stark an international belastbaren und die Belange der
615 Anwendbarkeit berücksichtigenden Leistungs- und Exzellenzkriterien zu orientieren. In der Interna-
616 tionalität und weiteren Internationalisierung der Hochschulen sehen wir große Chancen für eine
617 verstärkte internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Wir wollen dazu beitragen, dass
618 zukünftig mehr internationale Absolventen unserer Hochschulen in Sachsen-Anhalt ihre Heimat
619 finden.

620

621 Dass die nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina ihren Sitz in Sachsen-Anhalt hat, ist
622 für uns Verpflichtung, Wissenschaft und Forschung weiter auszubauen.

623

624 Unser Ziel ist es, die Universitäten und Fachhochschulen in unserem Land zu Orten mit möglichst
625 exzellenter Forschung weiterhin auf- und auszubauen. Exzellenz in der Lehre muss damit einher-
626 gehen. Die Hochschulen sind ein Magnet für talentierte und ambitionierte junge Menschen, die
627 unser Land voranbringen können. Sie leisten damit einen positiven Beitrag zur demografischen
628 Entwicklung. Ausbildungsqualität und Nachwuchsförderung sind fortwährend auszubauen, wobei
629 an der bewährten und komplementären Arbeitsteilung zwischen Universitäten und Fachhochschu-
630 len festzuhalten ist. Universitäten haben besondere Stärken in der wissenschaftlichen Forschung
631 und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Fachhochschulen in der anwendungs-
632 orientierten Arbeit in Lehre und Forschung. Jedoch sind die personelle Durchlässigkeit und die
633 wechselseitige Anschlussfähigkeit der Abschlüsse weiter zu verbessern.

634

635 Wir stellen uns den Herausforderungen des lebenslangen Lernens und der wissenschaftlichen
636 Weiterbildung. Deshalb sind Hochschulen und Unternehmen zur Entwicklung passender Angebote
637 zu ermutigen.

638

639 Besonderes Augenmerk widmen wir der akademischen Lehrerbildung. Lehrkräfte in Schulen sind
640 besonders wichtige Träger und Multiplikatoren für Wissen für Gesellschaft und Wirtschaft. Sie le-
641 gen den Grundstein für die Zukunft junger Menschen. Wir wollen dafür sorgen, dass eine gute
642 technische und unternehmerische Grundbildung in allen Schulen zum Standard gehört. Dazu wol-
643 len wir die universitäre Lehrerbildung weiterentwickeln und damit auch die Ausbildungsfähigkeit
644 der Jugendlichen nach der Schule verbessern.

645

646 Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen brauchen einen verlässlichen Fi-
647 nanzrahmen.

648

649 **Investitionen anregen**

650

651 Für uns sind Investitionen in die Zukunft wichtiger, als Konsum in der Gegenwart. Unsere Investi-
652 tionspolitik erfolgt mit Augenmaß und orientiert sich an einer ausgewogenen Entwicklung aller Lan-
653 destteile.

654

655 Wir wollen dafür Sorge tragen, dass Investitionen stärker als in der Vergangenheit auf konkrete
656 Wertschöpfung in der Zukunft angelegt sind. Ziel von Investitionen muss die Steigerung der Wirt-
657 schaftskraft, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entstehung von lang anhaltender Steuer-
658 kraft sein. Dabei sind die strategischen Schwerpunkte nach regionalen Gesichtspunkten festzule-
659 gen.

660

661 Unsere Investitionspolitik hat das Ziel, eine selbsttragende Wirtschaftsstruktur zu etablieren, struk-
662 turelle Nachteile auszugleichen, Innovationen und Existenzgründungen zu fördern und zu begüns-
663 tigen. Dadurch können sowohl neue Märkte erschlossen als auch bestehende wirtschaftliche
664 Strukturen erhalten, stabilisiert und weiterentwickelt werden. Hierzu sind wir weiterhin auf Förder-
665 mittel des Bundes und der EU angewiesen.

666

667 Förderprogramme sind regelmäßig zu überprüfen und ggf. in ihrer Wirksamkeit zu verbessern.

668

669 **Effiziente Verwaltungsverfahren auf allen Ebenen fördern**

670

671 Wo immer nötig, treten wir für einen konsequenten Bürokratieabbau ein. Die Wettbewerbsfähigkeit
672 unserer Unternehmen wollen wir auch durch eine Verringerung statistischer Standards weiter
673 verbessern.

674

675 **5. UMWELT UND ENERGIE**

676

677 **Für den Erhalt unserer lebenswerten Umwelt**

678

679 Nach unserem christlichen Menschenbild sind Mensch, Natur und Umwelt die Schöpfung Gottes.
680 Sie zu schützen, ist unser ureigenstes Anliegen. Das Prinzip Nachhaltigkeit ist fester Bestandteil

681 christdemokratischer Politik. Die nachfolgenden Generationen haben ein Recht auf wirtschaftliche
682 Entwicklung, sozialen Wohlstand und eine lebenswerte, intakte Umwelt.

683

684 Nach unserem Verständnis widersprechen sich wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz
685 nicht. Besonders in einer Zeit, in der die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit unseres Planeten
686 immer deutlicher werden, gilt: nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum ist nur unter Einbeziehung
687 des Umwelt- und Klimaschutzes möglich. Darüber hinaus ist ein effizienter und sparsamer Res-
688 sourceinsatz auch zunehmend ein Kosten- und Standortvorteil. Aus diesem Grunde setzen wir
689 uns für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft ein, die mit verstärkter Forschung und Ent-
690 wicklung, gezielten Anreizsystemen und Förderprogrammen sowie einem umweltorientierten ord-
691 nungspolitischen Rahmen die vorgegebenen Umweltziele verfolgt.

692

693 Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen hat Verfassungsrang und bedarf eines ständigen,
694 fortlaufend pragmatischen Beitrages durch jeden einzelnen handelnden Menschen. Jeder Mensch
695 ist verantwortlich für den Schutz der natürlichen Umwelt durch seine individuellen Entscheidungen
696 bei Konsum, Mobilität, Freizeit und Wohnen. Wir setzen darüber hinaus auf eine Umweltpolitik, die
697 alle Betroffenen in einen konstruktiven Dialog integriert. Die CDU will gemeinsam mit Bildungsein-
698 richtungen, Kommunen, Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie Land- und Forstwirten umwelt-
699 bewusstes Verhalten in der Gesellschaft verankern. Nur mit diesem integrativen Ansatz kann eine
700 nachhaltige Entwicklung gestaltet werden. Die Sorge um die Umwelt ist und bleibt ein Hauptau-
701 genmerk christlich-demokratischer Politik. Zukunftsorientierter Umwelt- und Klimaschutz schafft
702 Chancen für neue Arbeitsplätze. Dazu gehört auch die Forschung bei Umwelttechnologien, für
703 deren Weiterentwicklung eine verlässliche Entwicklung benötigt wird, die weiterhin nachhaltig ge-
704 fördert werden soll.

705

706 **Energieversorgung sichern, Ressourcen schützen**

707

708 Der eingeleitete Umbau des Energiesystems in Deutschland ist ein Generationenprojekt. Seine
709 Umsetzung birgt große wirtschaftliche Chancen aber auch Risiken.

710

711 Unverändert ist das Zieldreieck Umweltverträglichkeit-Wirtschaftlichkeit-Sicherheit in der Energie-
712 versorgung zu beachten.

713

714 Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt den nachhaltigen Umbau des deutschen Energiesystems im
715 europäischen Kontext. Sachsen-Anhalt benötigt als Wirtschaftsstandort Energie zu wettbe-
716 werbsfähigen Preisen. Unser Land verfügt über ein großes Potenzial an erneuerbaren und fossilen
717 Energiequellen sowie an entsprechenden Forschungseinrichtungen und produzierenden Unter-
718 nehmen.

719

720 Vor diesem Hintergrund wollen wir im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern die Schaffung not-
721 wendiger Infrastruktur wie den Netz- und Speicherausbau unterstützen. Die erneuerbaren und fos-
722 silen Energiequellen sollen unter Berücksichtigung von Flächenkonkurrenz, Natur- und Land-
723 schaftsschutz nachhaltig genutzt werden. Die Energieeffizienz soll insbesondere durch Ausbau
724 dezentraler Energieumwandlung auch auf Basis biogener Brennstoffe in Kraft-Wärme-
725 Kopplungsanlagen mit höchsten Wirkungsgraden insbesondere bei Gebäuden in privater oder öf-
726 fentlicher Hand erhöht werden. Für das Gelingen der Energiewende muss dem Bereich der Ener-
727 gieforschung eine größere Bedeutung eingeräumt werden. Hierbei kommt den nachwachsenden
728 Rohstoffen eine wichtige Rolle zu. In der Abfallwirtschaft und energetischen Verwertung nicht stoff-
729 lich verwertbarer Bestandteile sollen möglichst geschlossene Stoffkreisläufe geschaffen werden.

730 Sachsen-Anhalt verfügt über Rohstoffressourcen, deren effiziente Nutzung im globalen Wettbe-
731 werb ein wichtiger Standortvorteil ist. Die Arbeiten für eine stoffliche Nutzung der Braunkohle wer-
732 den weiterhin unterstützt, ihre energetische Nutzung mit höchsten Wirkungsgraden ist ein Beitrag,
733 um die Energiewende erfolgreich zu gestalten.

734

735 **Durch Umweltbildung die Nachhaltigkeit der Energie- und Umweltpolitik fördern**

736

737 Nachhaltigkeit setzt ein erhebliches Wissen und Bewusstsein des einzelnen Menschen über die
738 Kausal- und Regelabläufe im natürlichen Umfeld und der weiteren Umwelt voraus.

739 Der Empfang staatlicher Förderungen soll, soweit der Empfänger unmittelbaren Bezug zur natürli-
740 chen Umwelt aufweist, an den Nachweis bestimmter Qualifikationen geknüpft sein.

741

742 Eine positive Einstellung gegenüber Natur und Technik, die für das Verständnis des Schützens der
743 natürlichen Lebensgrundlagen erforderlich ist, ist in allen Bildungseinrichtungen und auch verstärkt
744 in der politischen Bildungsarbeit zu vermitteln. Umweltbildung soll stärker, nachhaltiger und auf
745 wissenschaftlicher Grundlage basierend gefördert werden. Umweltbewusstsein beginnt im Kopf
746 und im Kindesalter. Daher müssen die Grundlagen für das Verständnis für Umwelt durch Bildung
747 und Erziehung gelegt werden. Es muss eine fortlaufende, aufeinander aufbauende Wissensver-
748 mittlung vom Vorschulalter bis zur Berufsausbildung geben. Auch beim lebenslangen Lernen soll
749 Umweltbildung eine möglichst große Rolle spielen.

750

751 Wir sind gegen eine Ideologisierung des Natur- und Umweltschutzes, überbordende Planungshys-
752 terie und Regelungswut. Wir setzen uns dafür ein, dass Akzeptanz und Ansehen des Natur- und
753 Umweltschutzes verbessert werden. Die CDU ermuntert jeden einzelnen Menschen, sich umwelt-
754 politisch zu engagieren. Die in Sachsen-Anhalt geltende Umweltpolitik ist mehr als die im Land
755 Sachsen-Anhalt, im Parlament oder der Verwaltung getroffene Entscheidung. Für diese Zielstel-
756 lungen sind engagierte und kompetente Menschen in Kommunen, Vereinen und Verbänden, in
757 den örtlichen Gemeinschaften, in privaten Vereinigungen, Bürgerinitiativen und Unternehmen, aber
758 auch in der öffentlichen Verwaltung Grundvoraussetzung.

759

760 **Schutzgebiete qualitativ weiterentwickeln – Schützen und Nutzen**

761

762 Die vielfältigen Natur- und Kulturlandschaften sind ein besonders wertvoller Teil unserer Heimat.
763 Die dort zu findende Artenvielfalt ist von hohem Wert und zu erhalten. Eine herausragende Bedeu-
764 tung haben dabei die Schutzgebiete, National- und Naturparks sowie Biosphärenreservate. Bei
765 einer touristischen Nutzung von Schutzgebieten sollte ein Kostendeckungsbeitrag durch den Wirt-
766 schaftszweig geprüft werden. Bürgerschaftliches Engagement ist in diesem Bereich besonders
767 gefragt und bedarf auch weiterhin unserer Unterstützung. Bei den Schutzgebieten haben qualitati-
768 ve Weiterentwicklungen Vorrang vor quantitativer Ausdehnung. Damit allen der Wert solcher Flä-
769 chen bewusst wird, müssen eine Nutzung und die Erfahrung von Natur soweit möglich sein, wie
770 Schutzziele nicht beeinträchtigt werden. Natur muss erfahrbar bleiben.

771

772 **Tierschutz**

773

774 Aus christlichem Verständnis erhält der Tierschutz seinen Stellenwert aus Verantwortung für die
775 Mitgeschöpfe und der Ehrfurcht vor dem Leben. Die CDU in Sachsen-Anhalt setzt sich für die um-
776 fassende Erfüllung dieses Grundgesetzauftrages ein. Deshalb werden die Landesregelungen auf
777 diesem Gebiet regelmäßig überprüft und den wissenschaftlichen Erkenntnissen und entstehenden
778 Notwendigkeiten angepasst. Besonderes Gewicht kommt dabei einer artgerechten Tierhaltung zu.

779 Das Anliegen des Tierschutzes und entsprechende Grundkenntnisse sollen in den Bildungseinrich-
780 tungen vermittelt werden.

781

782 **Wasser, Boden, Luft – europäische Standards einhalten**

783

784 **Wasser**

785

786 Das Wasser ist eine natürliche Lebensgrundlage, dessen Schutz und Nutzung gesellschaftlicher
787 Regelung bedarf.

788 Die Nutzung und das Management der Ressource Wasser, deren Zu- und Abfluss sowie deren
789 Neubildung als Grundwasser sind stärker als bisher regional zu betrachten. Wir wollen ein Was-
790 sermanagement entwickeln, welches auch Zeiten der Trockenheit berücksichtigt. Die demografi-
791 sche Entwicklung in Sachsen-Anhalt ist bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung zu berück-
792 sichtigen. Die Wasserqualität muss erhalten bleiben. Soweit eine Beeinträchtigung unvermeidbar
793 ist, muss sich diese am Stand der Technik orientieren. Sonderabgaben aus der Wassernutzung
794 sollen zum Ausgleich besonderer Nutzungseinschränkungen in Schutzgebieten genutzt werden.

795 Angesichts der Erfahrungen in Sachsen-Anhalt mit Hochwasserereignissen wollen wir den Schutz
796 der Bevölkerung im Land Sachsen-Anhalt weiter vorantreiben durch die Umsetzung des umfas-
797 sendenden Hochwasserschutzkonzeptes des Landes, welches v.a. eine DIN-gerechte Ertüchtigung
798 der Deiche vorsieht. Die Bauleitplanung muss stärker als bisher den Schutz vor Hochwasserschä-
799 den gewährleisten.

800

801 **Boden**

802

803 Die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist durch ein vorausschauendes, integriertes
804 Flächenmanagement mit Flächenkreislauf, Ökokontoregelungen und Flächenrecycling zu steuern.
805 Das Land Sachsen-Anhalt praktiziert dies bereits und ist daher Vorreiter in der Reduzierung des
806 Flächenverbrauchs. Eine nachhaltige Boden- und Flächenpolitik bedeutet, dass der Boden als
807 wichtige Kulturbasis schonend und effizient genutzt werden muss. Insbesondere dem Verlust an
808 land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche ist vor dem Hintergrund einer zunehmenden Bedeutung
809 nachwachsender Rohstoffe und der Bedeutung des Bodens als Kohlenstoffspeicher zu begegnen.
810 Naturschutz-, land- und forstwirtschaftliche Belange sind bei der Auswahl von Ausgleichs- und
811 Ersatzmaßnahmen gleichberechtigt zu berücksichtigen. Im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen
812 hat die Entsiegelung aus ökologischen Erwägungen eine höhere Relevanz als Versiegelung.

813

814 **Luft**

815

816 Nach den verheerenden Emissionsbelastungen aus dem Erbe der DDR ist in Sachsen-Anhalt viel
817 erreicht worden. Das ist uns Ansporn, noch bestehende Belastungen durch Stickoxide und Fein-
818 staub weiter zu reduzieren. Daher wollen wir neue, effiziente Technologien besonders fördern, um
819 unser Ziel im Rahmen des Klimaschutzes sicher zu erreichen.

820

821 **Lärm**

822

823 Lärm wird in weiten Teilen der Bevölkerung als gesundheitliche Bedrohung empfunden. In Sach-
824 sen-Anhalt gilt unser Augenmerk in erster Linie dem Lärm von Straße und Schiene. Wir wollen
825 daher in der Bauleitplanung der Kommunen Verkehrsströme von Wohngebieten trennen. Der akti-
826 ve Lärmschutz an Anlagen, Geräten und Fahrzeugen ist durch die Politik von der Wirtschaft gezielt

827 einzufordern. Jeder einzelne ist darüber hinaus in seinem Lebensumfeld aufgefordert, einen indivi-
828 duellen Beitrag zur Lärmvermeidung zu leisten.

829

830 **6. ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES**

831

832 **Die Soziale Marktwirtschaft als Garant für Wohlstand und Sicherheit**

833

834 Die Soziale Marktwirtschaft ist für die CDU in Sachsen-Anhalt das Erfolgsmodell, welches uns al-
835 len ermöglicht, auch in Zukunft in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit zu leben.

836 Wir bekennen uns ausdrücklich zu diesem Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das Leistungswil-
837 len und Solidarität in sich vereint.

838 Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Soziale Marktwirtschaft als eine wesentliche Säule der
839 inneren Stabilität unseres Gemeinwesens zu erhalten und weiter zu entwickeln und so den Men-
840 schen in unserem Bundesland ein Leben in Freiheit und selbstbestimmter Würde zu ermöglichen.

841 Globalisierung, Individualisierung, demografischer Wandel und Flexibilisierung spiegeln sich in der
842 Arbeitswelt wider. Sie machen ein neues Verständnis von Arbeit erforderlich, ohne jedoch die
843 Grundprinzipien der christlichen Soziallehre außer Acht zu lassen.

844 Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik in Sachsen-Anhalt bleibt die Vollbeschäftigung.

845

846 **Ersten und zweiten Arbeitsmarkt als einheitliches Ganzes verstehen**

847

848 Dazu müssen nach dem bewährten Grundprinzip von Fördern und Fordern die vorhandenen In-
849 strumente und Programme weiterhin sinnvoll und zielgerichtet eingesetzt und bei Bedarf neu jus-
850 tiert und weiterentwickelt werden. Dabei ist der Fokus auf die Integration in den ersten Arbeits-
851 markt zu richten.

852 Solidarisches Handeln auf dem Arbeitsmarkt bleibt eines unserer Grundprinzipien. Der zweite Ar-
853beitsmarkt kann den ersten Arbeitsmarkt nicht ersetzen. Dennoch ist er auch weiterhin unverzicht-
854bar. Durch berufliche Qualifizierung und Rehabilitation sollen für arbeitslose Mitmenschen Brücken
855 in den ersten Arbeitsmarkt, in geförderte Erwerbsarbeit geschaffen werden. Dabei ist die Schaf-
856fung von einfachen Arbeitsplätzen mit einer auskömmlichen Entlohnung als Alternative zum zwei-
857ten Arbeitsmarkt für gering qualifizierte Arbeitnehmer anzustreben.

858

859 **CDU-Politik – Garant für ein modernes und zukunftsfähiges Arbeits- und Tarifrecht**

860

861 Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war dem Grundsatz nach eine richtige
862 Entscheidung. Anstatt weiter auf alleinige Transferleistungen zu setzen, müssen wir eine Kombina-
863 tion aus staatlichen Leistungen und eigenerwirtschaftetem Entgelt weiterentwickeln.

864 Das Lohnabstandsgebot darf nicht aufgeweicht werden.

865 Wir stehen für faire Löhne, weil Erwerbsarbeit von Würde geprägt ist, die sich in angemessener
866 Entlohnung niederschlägt und darüber hinaus rentenwirksam ist, um auch auf dieser Weise Alters-
867armut vorzubeugen.

868 Deshalb brauchen wir eine verbindliche Lohnuntergrenze, die von den Tarifpartnern – den Arbeit-
869 geberverschäften und den Gewerkschaften – gemeinsam bestimmt wird. Wir stehen zur Tarifauto-
870 nomie.

871 Das Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik ist es, allen Menschen eine gesicherte Perspektive zu geben.

872 Dazu bedarf es regulärer, unbefristeter, auf Perspektive und Nachhaltigkeit ausgerichteter Arbeits-
873 plätze.

874 Das Instrument der Arbeitnehmerüberlassung kann für den Einzelnen nicht als dauerhaftes Be-
875 schäftigungsverhältnis gesehen werden. In der Zeitarbeit muss gleicher Lohn für gleiche Arbeit
876 gelten. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit ist eine Angleichung an die Stammbeseg-
877 schaft zu gewähren.

878 Arbeit darf nicht krank machen. Ein umfassender Arbeitsschutz muss ein Ziel jedes tarifvertragli-
879 chen Handelns sein. Da die Zahl arbeitsbedingter psychischer Erkrankungen zunimmt, ist es Ziel
880 unserer politischen Aktivitäten, durch Prävention und Rehabilitation dem entgegen zu wirken.

881 Gut ausgebildete, hoch motivierte und mit einer sicheren Perspektive ausgestattete Mitarbeiter, die
882 über Mitwirkungsmöglichkeiten, Verantwortung und Weiterbildung ihre Beschäftigungs- und Leis-
883 tungsfähigkeit sichern und ausbauen, sind das Potential mit dem die Wirtschaft unseres Bundes-
884 landes den wachsenden Herausforderungen der sich wandelnden Arbeitswelt begegnen kann.

885

886 **Chancen im Alter eröffnen und nutzen**

887

888 Demografischer Wandel und steigende Lebenserwartungen prägen die Erwerbsbiografien der Ar-
889 beitnehmer. Wir wollen den Menschen in Sachsen-Anhalt Chancen eröffnen, ihre Fähigkeiten und
890 Potentiale auch im Alter zu verwirklichen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen.

891 Wenn dies aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht mehr möglich ist, ist es Aufgabe aller
892 gesellschaftlichen Akteure, älteren Menschen alternative Formen der Teilhabe zu ermöglichen.

893

894

895 **Miteinander der Generationen**

896

897 Eine kleiner werdende Gesamtbevölkerung mit einem immer höheren Anteil von älteren Menschen
898 wird unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Eine kinderarme, alternde Gesellschaft steht in
899 einer Welt des raschen Wandels vor großen Bewährungsproben. Um diese zu meistern, bedarf es
900 eines konstruktiven Miteinanders der Generationen.

901

902 Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt Initiativen, die das Ziel haben, Sachsen-Anhalt als Land des
903 Miteinanders der Generationen zu stärken. Daher setzen wir auf Solidarität, Respekt, Toleranz und
904 Generationengerechtigkeit.

905

906 **Zukunft der jungen Generation**

907

908 Sachsen-Anhalt steht vor einer demografischen Herausforderung. Die Bevölkerungsentwicklung in
909 den Regionen gestaltet sich unterschiedlich. Dieser Situation werden wir Rechnung tragen. Wir
910 streben die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen unseres Landes an.

911

912 Die Zukunft der jungen Generation im Land kann nur dadurch gesichert werden, dass junge Men-
913 schen in Sachsen-Anhalt eine gute Ausbildung erhalten und im Anschluss hier in der Heimat ihre
914 Fähigkeiten zur Anwendung bringen können.

915

916 Vor dem Hintergrund des höheren Fachkräftebedarfs setzen wir auf Zuwanderung vor allem junger
917 Fachkräfte sowie auf die Rückgewinnung von Landeskindern. Wir wollen Anreize verstärken, dass
918 Sachsen-Anhalt als attraktiver Wohn- und Arbeitsort wahrgenommen wird. Wir setzen uns dafür
919 ein, dass zur Deckung des Fachkräftebedarfs gleiche Rechte und Möglichkeiten für ausländische
920 Berufsqualifikationen auf Landesebene eröffnet werden.

921

922 Die CDU Sachsen-Anhalt fordert bei sozialen Angeboten für Kinder und Jugendliche auch immer
923 den Leistungsgedanken ein. Der Sozialstaat darf und muss gegenüber Kindern und Jugendlichen
924 nicht nur als Förderer, sondern auch als Fordernder auftreten. Wir wollen, dass Kindern und Ju-
925 gendlichen kontinuierlich geholfen wird, qualifizierte Schulabschlüsse zu erreichen. Schulsozialar-
926 beit ist deshalb auch in Zukunft wichtig und notwendig.

927

928 **Menschen mit Behinderungen**

929

930 Die Integration von Menschen mit Behinderungen im Alltag entspricht unserem christlichen Grund-
931 verständnis. Es ist in Sachsen-Anhalt seit der Wiedervereinigung mit hohen Investitionen und einer
932 engagierten Förderung der öffentlichen Hand gelungen, eine sehr gute Infrastruktur für Menschen
933 mit Behinderungen zu schaffen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass Integration als Quer-
934 schnittsaufgabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ankommt. Es soll so viel Integra-
935 tion wie möglich und so viel Differenzierung wie nötig geben.

936

937 **Soziale Sicherungssysteme**

938

939 Die demografische Entwicklung stellt die sozialen Sicherungssysteme vor immer größere Heraus-
940 forderungen. Die Beiträge zur Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung müssen stabil blei-
941 ben und dürfen die Generation der Beitragszahler nicht über Gebühr belasten. Die CDU Sachsen-
942 Anhalt setzt weiterhin auf das Solidarprinzip.

943

944 **Reform der Alterssicherung**

945

946 Die drei Säulen aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Alterssicherung haben sich bewährt.
947 Notwendige Veränderungen müssen im sozialen Einklang durchgeführt werden, ohne die junge
948 Generation übermäßig zu belasten. Gleichzeitig müssen wir unser Rentensystem so ausgestalten,
949 dass sich Arbeiten lohnt. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss mehr Rente haben als jemand,
950 der nie gearbeitet hat.

951

952 **Chancengerechtigkeit schaffen – Armut bekämpfen**

953

954 Das wichtigste Kapital zur Erlangung von Chancengleichheit ist Bildung. Ein guter Schulabschluss
955 ist die beste soziale Absicherung und Einstieg in die Arbeitswelt. Mit dem Bildungs- und Teilhabe-
956 paket beschreiten wir einen Weg, auch Kindern aus einkommensschwachen Familien einen bes-
957 seren Zugang für Bildung und Kultur zu ermöglichen. Diesen Ansatz werden wir weiter entwickeln
958 und mit zusätzlichen Mitteln unterstützen.

959

960 **Sachsen-Anhalt als Gesundheitsland profilieren**

961

962 Das Gesundheitssystem in Sachsen-Anhalt muss zukunftssicher gestaltet werden.
963 Die CDU Sachsen-Anhalt achtet weiterhin darauf, dass die wohnortnahe und flächendeckende
964 medizinische Grundversorgung der Menschen mit modernen medizinischen Leistungen sicherge-
965 stellt bleibt. Dabei werden wir offen für Ideen und Anregungen sein, damit das Ziel der Versorgung
966 der Menschen – auch im ländlichen Raum – weiterhin gewährleistet werden kann.

967

968 Den eingeschlagenen Weg der Krankenhausplanung werden wir weiter beschreiten. Ziel muss die
969 Schwerpunktsetzung der Leistungsplanung und die Qualität der Leistungserbringung sein. Die
970 weitere Vernetzung von ambulanten und stationären Versorgungsangeboten streben wir an.

971

972 Wir wollen Sachsen-Anhalt als Gesundheitsland profilieren. Die Gesundheitswirtschaft gehört zu
973 den wichtigsten Branchen in unserem Bundesland und soll weiter wachsen. Der Jobmotor Ge-
974 sundheit enthält ein wesentliches Beschäftigungspotential und damit realistische Chancen für neue
975 Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt.

976 Die hohe Qualität der medizinischen Versorgung in Sachsen-Anhalt muss zukünftig auch über die
977 Ländergrenzen hinaus bekannt und angenommen werden.

978 Die Gesundheitsvorsorge muss gestärkt werden. Der Grundstein muss bereits im Kindergartenal-
979 ter gelegt werden.

980

981 **Pflege im Alter**

982

983 Ein wachsender Teil der Bevölkerung wird zukünftig auf Unterstützung und Pflege angewiesen
984 sein. Pflegebedürftige Menschen haben einen berechtigten Anspruch, solange wie möglich in ihrer
985 gewohnten Umgebung zu bleiben. Dem wollen wir Rechnung tragen.

986 Pflegeleistungen haben sich an den individuellen Bedürfnissen und objektiven Notwendigkeiten zu
987 orientieren. Ambulanter pflegerischer Hilfe gebührt dabei grundsätzlich der Vorrang. Hilfeleistun-
988 gen müssen daher aufeinander abgestimmt werden und darauf abzielen, dem Pflegebedürftigen
989 möglichst lange größtmögliche Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit zu gewährleisten. Für
990 die zunehmend wachsende Zahl der Pflegebedürftigen muss weiterhin eine bedarfsgerechte Pfl-
991 egeinfrastruktur sowie ausreichend und gut qualifiziertes Personal im ambulanten und stationären
992 Bereich zur Verfügung stehen.

993

994 **7. STEUERN UND FINANZEN**

995

996 **Finanziell unabhängiges Sachsen-Anhalt 2020**

997

998 Die gesellschaftlichen Veränderungen, die internationale Wirtschaftslage und der demografische
999 Wandel stellen Sachsen-Anhalt insbesondere finanzpolitisch vor neue und langfristige Herausfor-
1000 derungen. Wir wissen: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Wir können nur aus-
1001 geben, was wir zuvor erwirtschaftet haben.

1002 Wir müssen nicht nur auf Neuverschuldung verzichten, sondern parallel die Verschuldung schritt-
1003 weise abbauen. Wir halten die Aufnahme der Schuldenbremse in unsere Landesverfassung für
1004 notwendig. Wir wollen bis 2020 finanziell auf eigenen Beinen stehen und uns damit haushalts- und
1005 finanzpolitische Spielräume schaffen. Nachhaltiges Haushalten heißt, sich auch künftig hohe Stan-
1006 dards z.B. bei Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, innerer Sicherheit und Umweltschutz
1007 leisten zu können. Nur so schaffen wir die Voraussetzungen für stetige Investitionen und dauerhaf-
1008 te Arbeitsplätze. Mit einer soliden Haushaltspolitik leisten wir den besten Beitrag für eine gute Zu-
1009 kunfts- und Mehrgenerationengerechtigkeit.

1010

1011 **Starke Kommunen – Starkes Sachsen-Anhalt**

1012

1013 Die Neuausrichtung des Finanzausgleichsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt an der Aufgaben-
1014 erfüllung aller Kommunen und Landkreisen ist eine wesentliche Grundlage, um die kommunalen
1015 Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger in entsprechender Qualität und Quantität erbrin-
1016 gen zu können. Der Finanzausgleich muss für eine gerechtere, nachvollziehbare und transparente
1017 Finanzverteilung unter den kommunalen Ebenen und den einzelnen Kommunen sorgen.

1018

1019 Unsere Kommunen müssen ihre Haushalte ausgeglichen gestalten. Wir wollen die finanzpoliti-
1020 schen Herausforderungen durch eine faire Konsolidierungspartnerschaft des Landes mit der kom-
1021 munalen Familie bewältigen.

1022

1023 Der ländliche Raum soll sich über eine solide nachhaltige Haushaltspolitik zu starken Kommunen
1024 entwickeln. Denn eine stabile kommunale Landschaft wird unsere Heimat dauerhaft stärken und
1025 dem demografischen Wandel begegnen können.

1026

1027 **Steuer- und Abgabengerechtigkeit**

1028

1029 Wir setzen auf Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit. Starke Schultern sollen auch in Zu-
1030 kunft mehr tragen als schwache. Wir wollen aber auch eine Vereinfachung beim Abgaben- und
1031 Einkommenssteuerrecht. Dazu wollen wir insbesondere die kalte Progression abbauen und ein
1032 Familiensplitting einführen. Wir wollen, dass Steuervergünstigungen im Einkommenssteuerrecht
1033 stärker an das Vorhandensein von Kindern anknüpfen.

1034

1035 **8. LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR**

1036

1037 **Die CDU Sachsen-Anhalt gestaltet die Herausforderungen unserer Zeit**

1038

1039 Wir leben in einer Zeit großer Veränderungen. Die Menschen in unserem Land sehen sich neuen
1040 Anforderungen ausgesetzt. Der Wandel erfasst nahezu alle Politikfelder. Die CDU nimmt sich die-
1041 ser Gestaltungsaufgaben an und sieht hierin auch Chancen für eine verantwortungsvolle und zu-
1042 kunftsfähige Politik im 21. Jahrhundert. Dafür müssen wir zu Veränderungen bereit sein. Unser
1043 Land ist aufgefordert, Strukturschwächen zu korrigieren und, wo erforderlich, Umsteuerungen vor-
1044 zunehmen. Dabei wird die CDU als die große Volkspartei in der Mitte unserer Gesellschaft Be-
1045 währtes bewahren und dort verändern, wo es für unser Land gut und zukunftsfähig ist.

1046

1047 Der demografische Wandel stellt eine wesentliche Herausforderung für unser Land dar. Er wird die
1048 Gesellschaft und das Land verändern, die Bevölkerung wird weniger und an Lebensjahren älter.
1049 Dies müssen wir als Chance begreifen und den notwendigen Anpassungsprozess auf allen betrof-
1050 fenen Politikfeldern aktiv gestalten. Es geht hierbei auch um Entwicklungschancen der nachfol-
1051 genden Generationen.

1052

1053 Die weltweit steigende Nachfrage nach Energie, der Verbrauch fossiler Energieträger und erhöhte
1054 Treibhausgasemissionen haben weitreichende Konsequenzen für Mensch und Natur. Diesen Her-
1055 ausforderungen haben wir uns im Interesse einer nachhaltigen Energiewirtschaft zu widmen. Neue
1056 und intelligente Lösungen sind auf allen Handlungsfeldern zu entwickeln, insbesondere auch in
1057 den Bereichen Bauen und Verkehr.

1058

1059 Globalisierung ist ein anhaltender Megatrend und bedeutet eine weltweite Öffnung politischer, wirt-
1060 schaftlicher und kommunikativer Grenzen. Sie ist gekennzeichnet durch die Mobilität der Men-
1061 schen und den Austausch von Ideen und Informationen, von Gütern, Leistungen und Kapital sowie
1062 durch die Vernetzung der Märkte. Sie ist Ausdruck von Freiheit und verstärkt den Wettbewerb.
1063 Dies entfaltet Auswirkungen insbesondere im Bereich der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik.

1064

1065 **Städte- und Wohnungsbau**

1066

1067 Ziel der Städte- und Wohnungsbaupolitik ist es, die Bürger Sachsen-Anhalts mit ausreichendem
1068 und den heutigen und zukünftigen Erfordernissen genügenden Wohnraum zu versorgen. Land und
1069 Kommunen sind in der Verantwortung, alle erforderlichen Rahmenbedingungen für die dazu not-
1070 wendigen Investitionen zu schaffen.

1071
1072 Dieser Grundsatz ist in Verbindung mit der zu erwartenden schrumpfenden und alternden Bevölke-
1073 rung umzusetzen.

1074
1075 Die Internationale Bauausstellung 2010 (IBA) hat in den beteiligten Städten zu modellhaften Re-
1076 strukturierungen geführt, die wir aufnehmen und weiterentwickeln wollen. Im Sinne einer Nachhal-
1077 tigkeit müssen die dort gewonnenen Erkenntnisse für das gesamte Land Sachsen-Anhalt nutzbar
1078 gemacht werden. Insoweit war die IBA 2010 nicht nur ein punktuelles Ereignis; ihr Leitgedanke
1079 muss verstetigt werden.

1080
1081 Die nachhaltige Förderung des Wohnungsbaus obliegt den Ländern. Die CDU Sachsen-Anhalt
1082 bekennt sich zu dieser Förderung des Wohnungsbaus.

1083
1084 Die Rahmenbedingungen von Wohnungsbau und Stadtentwicklung sind auf die nachhaltige Ent-
1085 wicklung in den Kommunen entsprechend der vorhandenen und der zu erarbeitenden Stadtent-
1086 wicklungskonzepte auszurichten. Bei der Investitionssetzung sind die Innenstadtbereiche der
1087 Ober- und Mittelzentren zu stärken, die Entwicklung des ländlichen Raumes zu sichern und die
1088 energetische Gebäude- und Wohnraumsanierung voranzutreiben.

1089
1090 Das Baurecht ist auf die modernen Anforderungen hin auszurichten. Es steht im Spannungsfeld
1091 zwischen kostenträchtigen Investitionen in die energetische Sanierung und der Nachfrage nach
1092 weiterhin bezahlbarem Wohnraum.

1093 1094 **Verkehr**

1095
1096 Mobilität ist ein Grundbedürfnis moderner Gesellschaften und Voraussetzung für wirtschaftliche
1097 Entwicklung und Wohlstand. Wir erkennen dieses Bedürfnis an. Die CDU setzt sich für den Erhalt
1098 und – wo nötig – auch den Ausbau des Verkehrsnetzes ein.

1099
1100 Mobilität ist umweltverträglich zu gestalten. Unser Land soll weder flächendeckend im Stau stehen
1101 noch darf die Gesundheit unserer Bürger beeinträchtigt werden. Die CDU unterstützt daher konse-
1102 quent die Verringerung der Umweltbelastungen in allen Verkehrsbereichen und fördert entspre-
1103 chende Entwicklungen. Den Verkehrslärm wollen wir verringern und die Luftbelastung reduzieren.
1104 Intelligente verkehrslenkende Maßnahmen sowie eine konsequente Senkung der Schadstoff-
1105 grenzwerte werden angestrebt.

1106
1107 Mobilität fördert auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt. Sie trägt zur
1108 Erhaltung von Arbeitsplätzen bei und ist damit auch ein bedeutender Standortfaktor.

1109
1110 Wachstumsregionen erfordern leistungsfähige Infrastrukturen, insbesondere durch einen attrakti-
1111 ven Personen- und Güterverkehr. Sachsen-Anhalt liegt verkehrsmäßig in der Mitte Deutschlands
1112 und Europas und nimmt bei den Verkehrsströmen im europäischen Netz eine Drehscheibenfunk-
1113 tion wahr. Diese besondere Lage ist ein Standortvorteil, eine Stärke, die es zu nutzen gilt. Sach-
1114 sen-Anhalt hat bereits eine hohe ausgewiesene Kompetenz im Logistikbereich, die es durch die
1115 enge Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik auf europäisches Spitzenniveau ge-

1116 bracht hat. Diese Position gilt es zu halten und auszubauen. Hierbei setzen wir auf einen Ver-
1117 kehrsmix: Schiene, Straße, Wasser und auch Luft sind, wo immer möglich, zu Verkehrsknoten zu
1118 verbinden und zielgerichtet weiter zu entwickeln. Die CDU bekennt sich insbesondere zum Erhalt
1119 leistungsfähiger Binnenwasserstraßen, zum Lückenschluss im Autobahnnetz (A 14 und A 143) und
1120 zur weiteren Modernisierung des Schienennetzes.

1121
1122 Im Hinblick auf eine umweltgerechte Verkehrsgestaltung kommt dem Schiffs- und Schienenverkehr
1123 eine wachsende Bedeutung zu. Die schiffahrtliche Nutzung unserer Wasserstraßen hat weiterhin
1124 unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Belange zu erfolgen. Darüber hinaus müs-
1125 sen wir Anreize für die Weiterentwicklung sparsamer Antriebstechniken setzen und den Einsatz
1126 alternativer Kraftstoffe befördern. Dazu müssen noch intelligente Logistikkonzepte kommen, die
1127 auch maßgeblich in Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt zu entwickeln sind.

1128
1129 Mit ökologisch wirksamen Rahmenbedingungen und marktwirtschaftlichen Mitteln wollen wir die
1130 Energieeffizienz des Luft-, Schiff- und Kraftfahrzeugverkehrs erhöhen, z.B. durch verbesserte Mo-
1131 tortechnik, Einsatz von Biokraftstoffen und andere Maßnahmen.

1132
1133 Verkehrspolitik muss neben den Wachstumsregionen auch die strukturschwächeren Landesteile
1134 im Blick haben. Beide müssen verbunden sein, damit alle am Aufschwung teilhaben können.

1135
1136 Auch in Regionen mit geringerer Bevölkerungsdichte und fehlenden Ballungszentren muss die
1137 Mobilität durch hinreichende Verkehrsanbindung gewährleistet werden. Dabei ist ökonomischen
1138 Aspekten Rechnung zu tragen. Daher sind neue Wege zu beschreiten und auch unkonventionelle
1139 Maßnahmen zu ergreifen. Beispiele wurden durch Systeme wie Ruf- oder Bürgerbusse im Rah-
1140 men des ÖPNV schon erprobt; sie sind weiter zu entwickeln. So halten wir Gestaltungschancen
1141 und Entwicklungspotentiale für den ländlichen Raum offen.

1142 1143 **Verkehrssicherheit**

1144
1145 Mobilität ist ein wesentliches Element für die Entfaltung der Persönlichkeit. Leichtigkeit oder Lei-
1146 stungsfähigkeit des Verkehrs kommen hierbei eine große Bedeutung zu. Dies darf dabei nicht zu
1147 Lasten der Verkehrssicherheit gehen, Menschen haben ein Recht auf ein sicheres Verkehrssys-
1148 tem.

1149
1150 Die CDU begrüßt alle geeigneten Maßnahmen, die die Ziele von EU und Bundesregierung fördern,
1151 die Zahl der Verkehrstoten bis zum Jahr 2020 zu halbieren.

1152
1153 Die CDU bekennt sich zur Strategie „Vision Zero“.

1154
1155 Die bisherigen Ansätze für ein Mehr an Verkehrssicherheit gilt es nachhaltig auszuweiten und fort-
1156 zuentwickeln. Die zu ergreifenden Maßnahmen müssen sich sowohl auf alle Infrastrukturmaßnah-
1157 men als auch auf den polizeilichen Bereich der Gefahrenabwehr erstrecken.

1158 1159 **Demografischer Wandel**

1160
1161 Das Gestalten der Herausforderungen des demografischen Wandels ist eine politische Quer-
1162 schnittsaufgabe, die sich auf nahezu alle Lebensbereiche auswirkt.

1163 Die CDU erkennt die Handlungsnotwendigkeiten auf den verschiedenen Politikfeldern an und
1164 übernimmt hier den sich hieraus ergebenden Handlungs- und Gestaltungsauftrag in voller Verant-
1165 wortung.

1166

1167 Die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Sachsen-Anhalts verläuft sehr unterschiedlich. Das
1168 hat Auswirkungen auf die Lebensqualität. Gerade Menschen in dünner besiedelten, oftmals ländli-
1169 chen Regionen sind hiervon betroffen. Die Daseinsvorsorge in diesem Bereich erhält einen völlig
1170 neuen Stellenwert in der politischen Betrachtung.

1171

1172 Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bleibt unser Ziel. Eigeninitiative muss vor Ort entwi-
1173 ckelt werden. Lebensqualität wird auch in Zukunft in den einzelnen Regionen unterschiedlich defi-
1174 niert. Der Staat hat aber die Wahrung von Mindeststandards der Daseinsvorsorge zu garantieren.
1175 Grundlegende öffentliche Dienstleistungen müssen in allen Landesteilen erreichbar bleiben.

1176

1177 Nur die Kombination aus Eigenverantwortung, staatlichen Leistungen und bürgerschaftlichem En-
1178 gagement kann die Bedingungen schaffen, die die Menschen zur Gestaltung ihres Zusammenle-
1179 bens benötigen und sie in den vertrauten Lebensumfeldern weiter wohnen lassen. Ziel ist eine
1180 aktivierende Gesellschaft, die den Einzelnen verstärkt motiviert und in die Lage versetzt, im Rah-
1181 men seiner Möglichkeiten Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu übernehmen.

1182

1183 **9. INNERES UND SPORT**

1184

1185 **Freiheit, Recht und Sicherheit**

1186

1187 Es ist die Kernaufgabe aller Staatsgewalt, die Werteordnung unseres Grundgesetzes und die
1188 Grundrechte unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die Freiheit und Sicherheit jedes
1189 Einzelnen zu gewährleisten. Für beides – die Gewährleistung von Sicherheit und die Garantie der
1190 Freiheit – steht die CDU Sachsen-Anhalt. Der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols
1191 kommt dabei eine große Bedeutung zu. Die CDU tritt für eine Verteidigung unserer Demokratie
1192 und der Werteordnung unseres Rechtsstaates ein. Daher sind mit Entschiedenheit alle Bestrebun-
1193 gen zu bekämpfen, die darauf gerichtet sind, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu
1194 schwächen oder gar zu beseitigen.

1195

1196 **Sicher leben in Sachsen-Anhalt**

1197

1198 Die Stärkung der inneren Sicherheit ist seit jeher ein Markenzeichen der Politik der CDU. Sie hat
1199 daher stets sinnvolle und zweckmäßige Initiativen zur Verbesserung der inneren Sicherheit ergrif-
1200 fen bzw. unterstützt und wird dies auch in Zukunft tun. Deshalb bekennen wir uns zur Videoüber-
1201 wachung, zum Warnschussarrest und zur Rasterfahndung.

1202 Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben ein Anrecht darauf, sich in ihrem Lande sicher zu wissen.
1203 Das Sicherheitsgefühl der Menschen ist Bestandteil hoher Lebensqualität und ein entscheidender
1204 Standortfaktor für die Wirtschaft und für zukünftige Investitionen in Sachsen-Anhalt.

1205

1206 **Die Polizei stärken**

1207

1208 Die Polizei in Sachsen-Anhalt ist ein verlässlicher Partner für unsere Bürgerinnen und Bürger und
1209 Garant für die Sicherheit. Die CDU unterstützt die leistungsfähige, motivierte und als Autorität an-
1210 erkannte Polizei und besteht auf der konsequenten Wahrung von Recht und Gesetz.

1211 Damit die Arbeit und Präsenz der Polizei in der gesamten Fläche unseres Landes gewährleistet
1212 bleibt, brauchen wir eine ausreichende personelle Ausstattung, die Sicherung eines einsatzberei-
1213 ten und leistungsfähigen Polizeinachwuchses sowie eine moderne und praxisnahe Aus- und Fort-
1214 bildung. Zur Verhinderung, Aufklärung und Ahndung von Straftaten, zum Schutz vor Gefahren für
1215 die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie für eine effektive Kriminalitätsbekämpfung haben
1216 darüber hinaus für die CDU Investitionen in eine technisch moderne Ausstattung hohe Priorität, die
1217 auch den wachsenden Herausforderungen durch neue Wege der Kommunikation und des techno-
1218 logischen Fortschritts gerecht wird.
1219 Zunehmend werden Polizeibeamtinnen und -beamte bei der Ausübung ihres Dienstes mit Aggres-
1220 sivität sowie verbaler und physischer Gewalt konfrontiert. Diese Angriffe auf Polizeibeamtinnen
1221 und -beamte als sichtbare Repräsentanten des Staates sind Angriffe auf die Gesellschaft insge-
1222 samt und nicht hinzunehmen.
1223 Zum Schutz der Polizeibeamtinnen und -beamten wird die CDU einer allgemeinen Kennzeich-
1224 nungspflicht nur im bisher vorgesehenen Umfang zustimmen.
1225

1226 **Sachsen-Anhalt: gegen Extremismus – für Toleranz und Weltoffenheit!**

1227
1228 Unsere Demokratie lebt von der Achtung der Menschenwürde und dem Respekt gegenüber An-
1229 andersdenkenden. Jedwede Form des politischen und religiösen Extremismus stellt diese Grundla-
1230 gen des Zusammenlebens infrage. Daher ist jeder Form von Radikalisierung und deren Verharm-
1231 losung mit Entschiedenheit und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzutreten.
1232 Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und religiöse Intoleranz dürfen in unserem Land
1233 keine Chance haben.
1234 Dabei kommt den Verfassungsschutzbehörden innerhalb der Regeln des Rechts und der Verhält-
1235 nismäßigkeit eine wichtige Aufgabe zu, um Menschenrechte, Freiheit und Demokratie zu sichern.
1236 Die CDU lehnt aus diesem Grund sämtliche Bestrebungen zur Abschaffung der Verfassungs-
1237 schutzbehörden ab.
1238

1239 **Feuerwehren, Zivil- und Katastrophenschutz**

1240
1241 Auf die nichtpolizeiliche Sicherheitsvorsorge für unsere Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ist Verlass.
1242 Über 35.000 Feuerwehrleute im Einsatzdienst, viele freiwillige Helfer im THW und in den Hilfsor-
1243 ganisationen und nicht zuletzt die Soldaten der Bundeswehr sorgen tagtäglich für die Sicherheit
1244 unserer Bürger. Sie gilt es zu unterstützen, um die geforderten Sicherheitsstandards aufrecht zu
1245 erhalten.
1246 Insbesondere die freiwilligen Feuerwehren sind Garant für einen flächendeckenden Brandschutz
1247 im Land Sachsen-Anhalt. Zur Sicherung der flächendeckenden Einsatzbereitschaft unserer Feu-
1248 erwehren benötigen wir zukunftsfähige Feuerwehrstrukturen, zum Beispiel durch eine weiterge-
1249 hende Kooperation zwischen einzelnen Feuerwehren sowie eine Sicherheitspartnerschaft aller im
1250 Land tätigen nichtpolizeilichen Sicherheitskräfte.
1251 Weiterhin muss die Attraktivität des freiwilligen Dienstes in den Feuerwehren und anderen Organi-
1252 sationen gesteigert und Nachwuchswerbung betrieben werden. Wir unterstützen die Jugendarbeit
1253 und die Erschließung neuer Zielgruppen für dieses Ehrenamt und setzen uns für eine stärkere An-
1254 erkennung des Dienstes durch die Bevölkerung und Arbeitgeber ein.
1255

1256 **Sport**

1257

1258 Der Sport hat eine große begeisternde und integrative Kraft, um Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen des Lebens zusammenzubringen und Gemeinsamkeiten zu schaffen. Damit ist er
1259 einer der bedeutsamsten Träger bürgerschaftlichen Engagements.
1260
1261 Zudem ist er von großer Bedeutung für die politische Arbeit im Land und hat darüber hinaus immer
1262 auch eine das Image prägende Funktion.
1263 Neben dem Spitzensport genießt der Breitensport sowie der Senioren- und Behindertensport eine
1264 hohe Wertschätzung.
1265 Die CDU setzt sich für nachhaltige Strukturen unserer Sportstätten sowohl für den Schul- und Brei-
1266 tensport als auch für den Leistungssport ein. Ebenso muss die Aus- und Weiterbildung von haupt-
1267 und ehrenamtlichen Trainern und Übungsleitern darauf ausgerichtet sein, den Leistungs- und Brei-
1268 tensport weiter voranzubringen.
1269 Wir werben dafür, dass in unseren Stadien, Sportanlagen und Sporthallen nationale wie auch in-
1270 ternationale Meisterschaften stattfinden.
1271

1272 **Vertriebene in ihrer Identität stärken – Aussiedler integrieren**

1273
1274 Die großartige Aufbauleistung des deutschen Volkes unter Mitwirkung der Millionen Vertriebenen
1275 bildete nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges das integrative Element mit der hiesigen
1276 Bevölkerung und festem Verwachsen in der neuen Heimat.
1277 Die CDU bekennt sich zur besonderen Verantwortung gegenüber den Deutschen in den Staaten
1278 Mittelosteuropas und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, deren Familien wegen ihrer Volkszu-
1279 gehörigkeit ein schweres Kriegsfolgenschicksal erleiden mussten. Die Aufnahme von bisher
1280 77.000 Aussiedlern und Spätaussiedlern und ihre Integration als deutsche Staatsbürger in die
1281 deutsche Gesellschaft ist für uns deshalb Ausdruck einer besonderen politisch-moralischen Ver-
1282 pflichtung. Die CDU Sachsen-Anhalt will Aussiedlern und Spätaussiedlern gezielt Möglichkeiten
1283 zur politischen Mitwirkung einräumen.
1284 Noch heute erleiden Millionen Menschen das Schicksal der Vertreibung. Die CDU tritt deshalb
1285 konsequent dafür ein, das Recht auf Heimat in die EU-Charta der Grundrechte aufzunehmen, um
1286 zu gewährleisten, dass dieses Grundrecht in allen Beitrittsstaaten durchgesetzt und damit Vertrei-
1287 bung als Mittel der Politik geächtet wird.
1288

1289 **Integration und Vielfalt – Sachsen-Anhalt ist Heimat für uns alle**

1290
1291 Ohne die gemeinsame Wertschätzung unseres freiheitlichen Gemeinwesens, ohne Patriotismus,
1292 ohne die Bereitschaft in Heimat und Nation Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen
1293 und Solidarität zu üben, kann unser Land nicht gedeihen. Nur mit dem klaren Bekenntnis zu uns
1294 selbst als einer durch Geschichte und Kultur geprägten Gemeinschaft freier Bürger, können wir
1295 Integration und Teilhabe überzeugend fordern. Unsere kulturellen Werte und historischen Erfah-
1296 rungen sind die Grundlage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie bilden unsere Leitkul-
1297 tur. Wir wollen sie mit Leben erfüllen.
1298 Sachsen-Anhalt ist ein weltoffenes Land, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft leben und
1299 unser Land mit ihren Fähigkeiten und Eigenschaften bereichern. Für unsere Unternehmen sind
1300 qualifizierte und leistungsbereite Zuwanderer eine Bereicherung. Im Wettbewerb um Talente kann
1301 die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht auf sie verzichten. Daher tritt die CDU für eine aktive Will-
1302 kommenskultur ein.
1303 Für eine erfolgreiche Integration sind zum einen Kenntnisse der deutschen Sprache sowie gleich-
1304 berechtigte Teilhabe an den Bildungsmöglichkeiten und zum anderen die Akzeptanz von Zuwan-
1305 derung in der einheimischen Bevölkerung erforderlich.

1306 Unsere Universitäten sind attraktiv für Studierende aus aller Welt. Wir setzen uns dafür ein, dass
1307 dauerhaft gut ausgebildete und integrationswillige Menschen Sachsen-Anhalt als ihre neue Heimat
1308 annehmen können und wollen.

1309

1310 **Mehr Bürgerbeteiligung und eine starke Demokratie durch Mitbestimmung vor Ort**

1311

1312 Die CDU will mehr Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung, aber auch klare und nachvollziehbare
1313 demokratische Entscheidungsprozesse. Der freie und mündige Bürger, der Verantwortung über-
1314 nimmt oder sich für das Allgemeinwohl interessiert, bietet die beste Chance, das Demokratie erhal-
1315 ten und gestärkt wird.

1316 Eine wesentliche Form der Bürgerbeteiligung ist die Teilnahme an Wahlen. Mit einer geringen
1317 Wahlbeteiligung wollen wir uns nicht abfinden. Vorbehalte gegenüber der Parteiendemokratie kön-
1318 nen nur durch einen verstärkten Dialog mit dem Bürger abgebaut werden. Wir wollen ein verständ-
1319 liches Wahlrecht mit klaren demokratisch legitimierten Mehrheiten.

1320 Auf kommunaler Ebene ist die eingleisige Verwaltungsführung beizubehalten. Der Bürgermeister
1321 bzw. Landrat ist im Interesse einer straffen und verantwortungsvollen Verwaltung die Spitze der
1322 Kommune. Er ist hauptamtlicher Chef der Verwaltung, ihm obliegt die alleinige Vertretung nach
1323 außen. Die Direktwahl der Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister und Landräte hat sich bewährt.
1324 Stichwahlen reduzieren wegen der meist geringen Wahlbeteiligung die demokratische Legitimitati-
1325 on. Deshalb sind sie zu überdenken und perspektivisch abzuschaffen.

1326 Für mehr Akzeptanz bei großen Investitionsvorhaben wollen wir eine frühzeitige Öffentlichkeitsbe-
1327 teiligung sicherstellen, die die bisherigen Planungsverfahren informativ begleitet. Ein Instrument für
1328 den ausgedehnten Bürgerdialog ist das Bereitstellen von Planungsunterlagen im Internet.

1329

1330 **10. KOMMUNALES**

1331

1332 **Leistungsfähige Kommunen – starker Staat: Die Kommune als Basis des Staates**

1333

1334 Kommunale Selbstverwaltung ist die Grundlage unseres demokratischen, föderativen Staatsauf-
1335 baus. In diesem Sinne verstanden ist die Kommune die Keimzelle des Staates. Andererseits ist für
1336 eine leistungsfähige Selbstverwaltung der aktive, mitgestaltende Bürger unverzichtbare Vorausset-
1337 zung. Daher brauchen wir auch zukünftig überschaubare und bürgernahe Kommunen.

1338 Auf Grund dieser Überschaubarkeit in den Städten, Gemeinden und Landkreisen ist die kommunale
1339 Selbstverwaltung die bürgernächste Verwaltung, denn sie ist die häufigste behördliche Anlauf-
1340 stelle der Bürger. Hier wird maßgeblich das Vertrauen der Bürger in das Funktionieren des Staates
1341 geprägt.

1342 Die CDU Sachsen-Anhalt ist die am stärksten in den Kommunen unseres Landes verwurzelte Par-
1343 tei. Im engen Austausch mit den Bürgermeistern und Landräten sowie unseren Mandatsträgern in
1344 den Stadt- und Gemeinderäten und in den Kreistagen wissen wir um die wichtigen Aufgaben, die
1345 auf kommunaler Ebene zu leisten sind.

1346 Die kommunalen Mandatsträger sind mit den Ideen, Wünschen, aber auch Sorgen der Menschen
1347 in Sachsen-Anhalt vertraut. Die Union wird die Kommunen auch künftig bei ihren Aufgaben beson-
1348 ders unterstützen. Nur dann ist gewährleistet, dass die zahlreichen ehrenamtlichen Mandats- und
1349 Verantwortungsträger ihre neben dem Beruf ausgeübte Tätigkeit fortsetzen können. Für uns ist
1350 Subsidiarität der Schlüssel für eine bürgernahe Verwaltung. Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips ist
1351 die kommunale Selbstverwaltung.

1352

1353 Wo verantwortungsbewusste und verantwortungsbereite Bürger an der Gestaltung der örtlichen
1354 Gemeinschaft mitwirken, haben extreme und antidemokratische Kräfte keine Chancen. Vor allem

1355 die Handlungsspielräume der örtlichen Gemeinschaften sind Garanten einer lebendigen Demokra-
1356 tie.

1357 1358 **Gebietsreform abgeschlossen – Funktionalreform umsetzen**

1359
1360 Die Kommunen haben 1990 und in den darauf folgenden beiden Jahrzehnten leistungsstarke und
1361 bürgernahe Verwaltungen aufgebaut. In mehreren Schritten wurden durch die Gebietsreformen
1362 zukunftsfähige Gemeinde- und Kreisstrukturen geschaffen.

1363 Jetzt muss die Verwaltungs- und Funktionsreform für Landkreise und Gemeinden angegangen
1364 werden. Der Grundsatz der Subsidiarität ist dabei der Leitgedanke.

1365 Neue Formen interkommunaler Zusammenarbeit sind notwendig, um eine funktionsfähige Verwal-
1366 tung in und zwischen den Kommunen zu gewährleisten.

1367 1368 **Die Kommunalverfassung weiterentwickeln**

1369
1370 Die kommunale Selbstverwaltung als Verfassungsgrundsatz verlangt, dass der Staat von unten
1371 nach oben aufgebaut wird und Verwaltungsaufgaben weitestgehend dezentral zu erledigen sind.

1372 Die Gemeinde ist die Grundlage des demokratischen Staates, ihr muss die Möglichkeit gegeben
1373 werden, zum Wohl ihrer Einwohner ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu verwalten.
1374 Deshalb ist die Allzuständigkeit der Gemeinden Grundsatz des Kommunalrechts.

1375 Auch Zuständigkeiten für staatliche Aufgaben sind damit schon im Interesse der Bürgerfreundlich-
1376 keit in größtmöglichem Umfange auf die örtliche Ebene zu verlagern.

1377 1378 **Die Aufgaben der Landkreise**

1379
1380 Innerhalb der „kommunalen Familie“ erledigen die Landkreise die öffentlichen Aufgaben von über-
1381 örtlicher Bedeutung und solche, die die Verwaltungs- und Finanzkraft der kreisangehörigen Ge-
1382 meinden übersteigen. Die Landkreise üben Kommunalaufsicht über die Gemeinden aus, sind aber
1383 nicht vorgesetzte Behörden. Im Rahmen der Funktionalreform ist die Stellung der Landkreise auch
1384 als Träger der Regionalplanung zu stärken.

1385 1386 **Eigenverantwortliche kommunale Finanzwirtschaft**

1387
1388 Kommunale Selbstverwaltung und ortsnahe bürgerfreundliche Verwaltungstätigkeit setzen eine
1389 eigenverantwortliche kommunale Finanzwirtschaft voraus. Den Kommunen muss im Rahmen der
1390 Gesetze in vollem Umfange das Recht zu eigenen angemessenen Finanzquellen gegeben wer-
1391 den.

1392 Wir bekennen uns zum erfolgreichen Instrument des aufgabenorientierten Finanzausgleichsgeset-
1393 zes und wollen es aufgrund der damit verbundenen Herausforderungen auch zur Stärkung des
1394 ländlichen Raums weiterentwickeln. Ziel bleiben gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen kreis-
1395 freiem und kreisangehörigem Raum.

1396 Das Auslaufen des Solidarpaktes II Ende 2019 stellt unser Land und seine Kommunen vor große
1397 Herausforderungen. Ziel der CDU in Sachsen-Anhalt ist es, dass die öffentliche Verwaltung auch
1398 ohne die bisherigen Transferleistungen leistungsfähig bleibt, ihr Leistungsangebot steigern und die
1399 Bürger und Unternehmen hervorragend begleiten kann.

1400 Die Finanzpolitik muss darüber hinaus sicherstellen, dass für freiwillige Leistungen angemessene
1401 Gestaltungsspielräume geschaffen werden.

1402 Wir werden finanzielle Handlungsfähigkeit durch verantwortungsbewusste Haushalts- und Finanz-
1403 politik sowie wirtschaftliche Wachstumsimpulse seitens der Verwaltung und in der Verwaltung si-
1404 chern.

1405 Die CDU Sachsen-Anhalt bekennt sich zum Konnexitätsprinzip zwischen Land und Kommunen.
1406 Wir werden sicherstellen, dass pflichtige und freiwillige kommunale Aufgaben auch zukünftig erle-
1407 digt werden können. Für Aufgabenerweiterungen und neue Leistungspflichten muss den Kommu-
1408 nen auch künftig eine gesicherte Finanzierung zur Verfügung stehen.

1409 Die Verankerung des Neuverschuldungsverbots in der Verfassung des Landes ist aus Sicht einer
1410 nachhaltig gestalteten Politik auch im Interesse der kommunalen Ebene.

1411

1412 **Klare Regeln für die wirtschaftliche Tätigkeit**

1413

1414 Das Recht auf wirtschaftliche Betätigung der Kommunen bedarf insbesondere hinsichtlich der Ab-
1415 grenzung zwischen wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Unternehmen klarer Regelungen.

1416

1417 **Daseinsvorsorge**

1418

1419 Sachsen-Anhalt ist ein Land mit starken Regionen. Der ländliche Raum und die großen Städte
1420 stehen für die CDU Sachsen-Anhalt gleichberechtigt nebeneinander. Hinzu kommt, dass Sachsen-
1421 Anhalt anders als viele andere Bundesländer von kleineren und mittleren Städten geprägt ist, die
1422 im ländlichen Raum liegen. Die Mittelzentren sind Ankerpunkt für die Bevölkerung der Umgebung.

1423 Der Geburten- und Bevölkerungsrückgang wirkt sich besonders außerhalb der großen Städte aus.
1424 Daher werden die Kommunen bei der Erledigung ihrer Aufgaben künftig verstärkt miteinander ko-
1425 operieren müssen.

1426 Die rückläufigen Geburtenzahlen im Land und die zunehmende Zahl älterer Menschen bestimmen
1427 die Ziele unserer Regionalentwicklung für die nächsten Jahre. Wir setzen uns dafür ein, die Ver-
1428 sorgungsstrukturen im ländlichen Raum zukunftsfähig auszurichten und weiterzuentwickeln.

1429 Die Kommunen sollen individuelle Wege gehen können, um passgenau Bildungsangebote anzu-
1430 bieten oder die Daseinsvorsorge wie etwa Wasserver- und Abwasserentsorgung zu organisieren.

1431 Wir wollen auch künftig dafür sorgen, dass die Schulen erreichbar bleiben und die medizinische
1432 Versorgung gesichert ist.

1433

1434 **Schnelles Internet für alle**

1435

1436 Der Prozess der Digitalisierung eröffnet die große Chance, die gesellschaftliche Teilhabe unserer
1437 Menschen langfristig und auch dezentral zu sichern. Dafür müssen die Infrastrukturen landesweit
1438 geschaffen werden.

1439 Wir brauchen aber auch neue Ideen, um entsprechend der Kleinteiligkeit und den Besonderheiten
1440 der regionalen Wirtschaft den ländlichen Raum weiter attraktiv zu gestalten.

1441 Zukunftsfeste Breitbandverbindungen sind eine Voraussetzung, damit Dienstleistungsunternehmen
1442 und Verwaltungen die Standortvorteile des ländlichen Raumes nutzen und Arbeitsplätze schaffen
1443 können.

1444

1445 **Gemeinden, mit denen man sich identifizieren kann**

1446

1447 Familien- und seniorenfreundliche Kommunen sollen das Zusammenleben von Jung und Alt in
1448 jedem Ort in Sachsen-Anhalt aktivieren. Wir wollen auch generationenübergreifendes Wohnen in
1449 den Kommunen fördern. Jungen Familien soll der ländliche Raum ein lebenswertes und kinder-
1450 freundliches Umfeld geben und vor allem eine Bleibeperspektive.

1451 Der ländliche Raum mit seinen Kommunen hat unersetzliche Funktionen als Lebens-, Arbeits- und
1452 Erholungsraum für alle Sachsen-Anhalter und seine Gäste und ist als Kulturraum unverzichtbarer
1453 Teil der Identität des Landes. Kultur- und Heimatpflege vermitteln den Bürgern Heimatgefühl und
1454 sind identitätsstiftend.

1455

1456 **Das Ehrenamt fördern**

1457

1458 Die kommunalen Vertretungen sind für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Wir wollen das Kom-
1459 munalrecht so ausgestalten, dass kommunalpolitische Tätigkeit attraktiv ist und ein hoher Sach-
1460 verstand in den Vertretungen erreicht wird. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement der Kom-
1461 munalpolitik stärken und eine hohe Effektivität der Mitgestaltung gewährleisten. Daran hat sich
1462 insbesondere die Organisation der Arbeit in den kommunalen Vertretungen und ihren Ausschüs-
1463 sen zu orientieren. Die Beteiligung der Bürger in Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft bei
1464 Anerkennung des grundlegenden Prinzips der repräsentativen Demokratie ist eine Säule der
1465 kommunalen Selbstverwaltung. In einer Kommunalverfassung sind deshalb plebiszitäre Elemente
1466 wesentliche Bestandteile.

1467

1468 **Öffentlicher Dienst**

1469

1470 Der öffentliche Dienst muss auch in der Zukunft als Arbeitgeber attraktiv aufgestellt sein. Dabei
1471 setzen wir auf ein modernes und flexibles Dienstrecht und Vergütungssystem.

1472 Staat und Kommunen müssen von überflüssigen Tätigkeiten und Bürokratie befreit werden und
1473 zugleich wichtige Aufgaben eines modernen Rechtsstaates erfüllen können.

1474 Komplexe Genehmigungsverfahren werden wir straffen und vereinfachen und zudem aus Sicht der
1475 Bürger evaluieren. Die notwendige Standardflexibilisierung trägt dazu bei, Kosten und Nutzen von
1476 neuen Rechtsvorschriften zu erfassen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Neue tech-
1477 nische Entwicklungen führen zu neuen Möglichkeiten, die Verwaltung unabhängig vom eigenen
1478 Standort zu erreichen.

1479 Eine gut arbeitende kommunale Selbstverwaltung benötigt qualifiziertes Personal. Durch Qualifi-
1480 zierung vorhandenen Personals und die gezielte Ausbildung junger Menschen muss eine bürger-
1481 nahe und kompetente Verwaltung in den Kommunen und Behörden erhalten werden. Gezielte
1482 Personalentwicklungskonzepte sind dafür ein unersetzlicher Bestandteil.

1483

1484 **11. RECHT UND JUSTIZ**

1485

1486 Freiheit und verantwortliches Rechtsbewusstsein gehören untrennbar zusammen, damit der
1487 Grundkonsens des demokratischen Verfassungsstaates stark und tragfähig bleibt. Dazu gehört die
1488 Anerkennung und Förderung jedes Menschen unabhängig von seinem Geschlecht, Religion, Ab-
1489 stammung oder Herkunft mit dem Ziel der tatsächlichen Chancengleichheit.

1490

1491 **Stärkung der unabhängigen Justiz**

1492

1493 Die unabhängige Justiz ist das Rückgrat unseres Rechtsstaates. Sie ist Garant für Rechtssicher-
1494 heit und Rechtsfrieden in unserem Land und schützt die Bürgerinnen und Bürger vor Willkür und
1495 Machtmissbrauch. Sie ist Grundlage für den Schutz der Menschenrechte und zur Wahrung des
1496 wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands.

1497 Die zentralen Aufgaben der Rechtspolitik können nur durch leistungsfähige und bedarfsgerecht
1498 ausgestattete Justizbehörden sichergestellt werden. Wir wollen einen starken, aber schlanken
1499 Staat mit einer effizienten Gerichtsbarkeit. Der rechtsuchende Bürger bleibt das Maß aller Dinge.

1500 Er steht im Mittelpunkt aller Anstrengungen der Justiz. Grundsätzlich gilt: Nur klares, schnelles und
1501 verständliches Recht ist gutes Recht. Eine überlange Verfahrensdauer verletzt die Rechte des
1502 Bürgers und vereitelt die zügige Wiederherstellung des Rechtsfriedens.

1503 Durch die von der CDU gestützte Justizstrukturreform aus dem Jahr 2006 ist eine leistungsstarke
1504 und zukunftsfähige Justizlandschaft in Sachsen-Anhalt entstanden. Die weitere Modernisierung
1505 der Rechtspflege bleibt ein wichtiges rechtspolitisches Ziel. Wege hierfür sind die Einführung von
1506 Qualitätsstandards in der Justiz, die Optimierung der Organisationsabläufe, Frauenförderung für
1507 Führungspositionen sowie eine sinnvolle Ausweitung der Kosten- und Leistungsrechnung. Die güt-
1508 liche Streitbeilegung in und außerhalb von Gerichtsverfahren (z.B. Mediation) ist zu stärken. Das
1509 Vertrauen in die Justiz und ihre Bürgernähe kann zum Beispiel auch durch eine verständliche
1510 Rechts- und Verwaltungssprache gestärkt werden.

1511 Die beklagenswerte, aber gleichwohl nicht immer aufzuhaltende Normenflut sowie die zunehmen-
1512 de Spezialisierung stehen einer Zusammenlegung von Gerichtsbarkeiten entgegen. Stattdessen ist
1513 der Wechsel der Mitarbeiter zwischen den Gerichtsbarkeiten zu erleichtern. Die Unabhängigkeit
1514 der Richterinnen und Richter kann durch einen Ausbau der Richterselbstverwaltung dabei sogar
1515 gestärkt werden. Weiter setzt sich die CDU Sachsen-Anhalt – wo immer möglich – für eine Vereini-
1516 glichung der Gerichtsverfassung und Prozessordnungen ein.

1517 Ehrenamtliches Engagement in der Justiz erhält unsere volle Anerkennung. Es bedarf einer Aner-
1518 kennungskultur und bestmöglicher Rahmenbedingungen für die Ausübung des Ehrenamtes.

1519

1520 **Wertevermittlung als Prävention**

1521

1522 Es ist unser Ziel, alle erkannten Täter dem Strafanspruch des Staates zu unterwerfen. Neben einer
1523 konsequenten Verbrechensbekämpfung setzen wir uns für eine effiziente Kriminalitäts- und Ge-
1524 waltprävention ein. Insbesondere Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität bilden ei-
1525 nen Schwerpunkt zur Erhöhung der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Der hohe Anteil
1526 von tatverdächtigen Kindern und Jugendlichen im Bereich Eigentums- und Gewaltkriminalität ist
1527 besorgniserregend. Mit Mitteln der Bildungs- und Sozialpolitik muss sich der Staat der Orientie-
1528 rungslosigkeit vor allem Jugendlicher stellen. Erziehung muss wieder stärker dem Erhalt positiver,
1529 am Gemeinschaftswohl orientierter Werte verpflichtet sein. Sie soll insbesondere die Achtung vor
1530 dem Leben und dem Eigentum vermitteln. Die Wertevermittlung an den Schulen ist dafür eine ge-
1531 eignete Ergänzung.

1532 Wir wirken dem fortschreitenden Verlust von Rechtsbewusstsein und dem damit verbundenen
1533 Werteverlust entgegen. Wir wollen null Toleranz bei Rechtsverstößen, auch wenn sie massenhaft
1534 begangen werden. Eine Entkriminalisierung von „Kavaliersdelikten“, wie z.B. illegale Graffiti,
1535 Schwarzfahren, Ladendiebstahl oder Rauschgiftbesitz, lehnen wir daher ab. Wir wollen keine Ver-
1536 harmlosung von Rechtsverstößen, da hierdurch Hemmschwellen gesenkt werden und das Ver-
1537 trauen in den Rechtsstaat erschüttert wird. Die Möglichkeit für Präventions- und Sanktionsmaß-
1538 nahmen gegenüber Intensivtätern im Kindes- und Jugendalter ist auszuweiten.

1539 Die Vorschriften zum Schutz von Jugendlichen vor gewaltverherrlichenden Medien, Alkohol und
1540 Drogen wollen wir konsequent umsetzen. Wir lehnen die Freigabe von so genannten weichen und
1541 harten Drogen ab.

1542

1543 **Opferschutz vor Täterschutz**

1544

1545 Die verfassungsmäßige Ordnung des Grundgesetzes verlangt es, dass sich die staatlichen Organe
1546 schützend vor die Opfer von Straftaten stellen. Der Schutz und die Not der Opfer und die ihnen zu
1547 Teil werdende Hilfe haben Vorrang vor dem Schutz der Täter. Dies gilt insbesondere dann, wenn
1548 Kinder und Jugendliche Opfer von Straftaten werden. Opfer von Straftaten sind oft nicht nur mate-

1549 riell oder körperlich, sondern auch seelisch verletzt. Um die Opfer optimal zu schützen, sind ihre
1550 Rechte zu verbessern. Die vorhandenen Instrumente des Zeugen- und Opferschutzes sollen kon-
1551 sequent angewandt und weiter ausgebaut werden. Es bedarf einer Erleichterung der Informa-
1552 tionsweitergabe zum Verfahrensstand, Informationsmöglichkeiten über Schutz- und Entschädi-
1553 gungsmöglichkeiten sowie Hilfe bei der Kontaktaufnahme mit Opferhilfeeinrichtungen. Anspruch
1554 auf Solidarität der Gesellschaft haben in erster Linie Opfer – und nicht Täter. Irrwege der Justiz-
1555 und Strafvollzugspolitik müssen korrigiert werden.

1556 Opfer von Straftaten empfinden es als einen Ausdruck von Rechtsstaatlichkeit, wenn die Tat zügig
1557 geahndet wird. Nur eine schnelle und vor allem wirkungsvolle Strafvollstreckung garantiert die Ein-
1558 haltung der Rechtsordnung und ist daher Opferschutz. Hierzu benötigen wir einen Ausbau des
1559 bewährten beschleunigten Verfahrens. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuß folgen. Eine Bestrafung
1560 der Täter muss immer tat- und schuldangemessen auch das den Opfern zugefügte Leid be-
1561 rücksichtigen. Daneben unterstützen wir den Wunsch der Opferorganisationen für eine zügige und
1562 hinreichende Wiedergutmachung.

1563 Die CDU bekennt sich zu einer weiteren Unterstützung der vorhandenen Opferorganisationen.

1564

1565 **Tatsächliche Reintegration Straffälliger anstreben**

1566

1567 Die Resozialisierung muss ihrer Schlagworte entkleidet und als Reintegration verstanden werden.
1568 Die stufenweise Vorbereitung auf ein straffreies Leben in sozialer Verantwortung muss in der Voll-
1569 zugsanstalt einsetzen. Die Schutzlücke, die durch die notwendige Neuregelung der Sicherungs-
1570 verwahrung entstehen kann, muss geschlossen werden. Die stets zu schützende Menschenwürde
1571 des entlassenen Straftäters steht gleichwertig neben dem Schutz der Bevölkerung vor Straftaten.
1572 Wir brauchen innovative Ausbildungsprojekte im Strafvollzug und eine seriöse Resozialisierung
1573 von Straftätern, ohne hierbei die Sicherheit der Bevölkerung und der Vollzugsbediensteten zu ge-
1574 fährden. Die freie Straffälligenhilfe und das Übergangsmanagement für jugendliche Straftäter sind
1575 wichtige Elemente einer erfolgreichen Integration von Straffälligen in die Gesellschaft.

1576

1577 **Justizvollzug**

1578

1579 Schwerpunkt unserer Justiz- und Rechtspolitik ist die Gewährleistung eines gerechten Strafvoll-
1580 zugs, der vorrangig das Interesse der Bevölkerung an Sicherheit und Schutz vor Intensiv- und
1581 Rückfalltätern berücksichtigt. Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künf-
1582 tig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

1583 Die CDU empfindet es als eine besondere Verpflichtung, die Sicherheit der Bevölkerung durch
1584 einen effizienten und auf Resozialisierung ausgerichteten Justizvollzug zu verbessern. Lockerun-
1585 gen im Justizvollzug müssen sich immer in ein nachhaltiges Resozialisierungskonzept einfügen.
1586 Zur Sicherung der Allgemeinheit, aber auch zur Gewährleistung des Resozialisierungszieles muss
1587 immer sorgfältig geprüft werden, ob Missbräuche der Lockerungen zu erwarten sind. Der Vollzug
1588 muss die Bereitschaft des Gefangenen wecken und fördern, an für ihn geeigneten Maßnahmen
1589 mitzuwirken. Nutzen kann der Gefangene seine Chance aber letztlich nur selbst.

1590 Die zukunftssichere Ausgestaltung der Justizvollzugsstrukturen ist uns ein Kernanliegen. Es geht
1591 darum, losgelöst von lokalen Interessen die beste Lösung für unser Land zu finden. Zur Realisie-
1592 rung der Anforderungen an einen modernen Strafvollzug benötigen wir Vollzugsanstalten mit ver-
1593 fassungskonformen Haftplätzen. Die Personalausstattung muss im Hinblick auf die Herausforde-
1594 rungen des modernen Justizvollzuges selbstverständlich aufgabenbezogen sichergestellt werden.

1595

1596 **Zivilcourage des Bürgers stärken**

1597

1598 Die Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger gilt es zu stärken. Staatliches Handeln und die ge-
1599 samte Gesellschaft hat sie, z.B. durch öffentliche Anerkennung, zu fördern und zu schützen.
1600 Zugleich gilt es, sich der Opfer von Verbrechen solidarisch anzunehmen.

1601

1602 **SED-Unrecht nicht vergessen**

1603

1604 Rechtsbewusstsein kann nur dann wachsen, wenn wir der Aufgabe gerecht werden, das begange-
1605 ne Unrecht, soweit es in unserer Macht steht, auszugleichen und die Opfer zu entschädigen. Auch
1606 jenseits des strafbaren Unrechts der kommunistischen Diktatur ist zu prüfen, wo die Willkür der
1607 DDR, z. B. im Rentenrecht, noch aktuell Folgen hinterlassen hat und wie diese beseitigt werden
1608 können.

1609

1610 **12. ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN**

1611

1612 **Unsere Land- und Forstwirtschaft hat Zukunft!**

1613

1614 Unsere Heimat Sachsen-Anhalt hat eine bedeutende land- und forstwirtschaftliche Tradition. Unse-
1615 re Land- und Forstwirte sorgen für eine flächendeckende Landbewirtschaftung, produzieren ge-
1616 sunde und hochwertige Lebensmittel, Rohstoffe und Energie. Sie übernehmen zusätzlich
1617 Dienstleistungs-, ökologische und Ausgleichsfunktionen für Gesellschaft, Natur und Umwelt.

1618

1619 Die Land- und Forstwirtschaft ist mit der Fischerei und dem Gartenbau auch als Arbeitgeber eine
1620 tragende Säule im ländlichen Raum. Sie stabilisiert und sichert Infrastruktur. Durch den demografi-
1621 schen Wandel kommen weitere Herausforderungen auf uns zu, um unsere ländlichen Regionen zu
1622 erhalten und zu stärken.

1623

1624 Hier werden wir dem Prinzip der Nachhaltigkeit, dessen Wurzeln in der Land- und Forstwirtschaft
1625 liegen, eine noch größere Bedeutung beimessen. So leisten die Land- und Forstwirte zusammen
1626 mit dem Gartenbau, der Fischerei und der Jagd einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Natur-
1627 schutz sowie zum Erhalt der heimischen Kulturlandschaft.

1628

1629 Ziel unserer Politik ist es, die Rahmenbedingungen für eine weitere nachhaltige Entwicklung unse-
1630 rer land- und forstwirtschaftlichen Betriebe aktiv zu gestalten. Dabei sehen wir den ökologischen
1631 und konventionellen Landbau als gleichrangig an.

1632

1633 Land- und forstwirtschaftliches Landesvermögen soll in besonderer Weise dem Prinzip der Nach-
1634 haltigkeit unterliegen und nicht kurzfristigen fiskalischen Zwecken.

1635

1636 **Nachhaltige und verantwortungsvolle Landwirtschaft in leistungsfähigen Betrieben**

1637

1638 Wir wollen, dass unsere Land- und Forstwirtschaft dauerhaft erfolgreich am Markt ist. Unser Ziel ist
1639 es, die bäuerlich-unternehmerische Land- und Forstwirtschaft in ihrer Vielfalt zu erhalten und wei-
1640 terzuentwickeln. Es müssen zukunftssträchtige Produktionsverfahren angewandt werden, die wett-
1641 bewerbsfähig, qualitativ hochwertig, umwelt- und tiergerecht sind.

1642

1643 Wir brauchen stabile land- und forstwirtschaftliche Strukturen. Voraussetzung dafür ist auch eine
1644 ausgewogene Verteilung von Grund und Boden.

1645

1646 Boden ist ein nicht vermehrbare Produktionsfaktor und verdient besonderen Schutz. Wir stehen
1647 für das Prinzip des umfassenden und generationenübergreifenden Schutzes der Eigentumsrechte
1648 ein. Diese sind konsequent einzuhalten.

1649
1650 Eigentum beinhaltet Verantwortung. Dieser unlösbarer Zusammenhang führt zu gelebter Nachhaltig-
1651 keit. Wir treten für Transparenz über die Eigentumsverhältnisse des Bodens ein. Diesbezügliche
1652 gesetzliche Voraussetzungen sind zu schaffen.

1653
1654 Unsere fruchtbaren Böden sind ein traditioneller Standortvorteil für die Betriebe in Sachsen-Anhalt.
1655 Landwirtschaftliche Nutzfläche muss erhalten und geschützt werden. Der Verbrauch landwirt-
1656 schaftlicher Flächen muss zurückgeführt werden. Hier befürwortet die CDU Sachsen-Anhalt ein
1657 abgestimmtes, ganzheitliches Flächenmanagement, um Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen effi-
1658 zienter aufeinander abzustimmen. Bei der Privatisierung von staatlichen Flächen sollen agrarstruk-
1659 turelle Erwägungen Vorrang haben.

1660
1661 Unsere Landwirtschaft soll auch künftig durch eine enge Einbindung in die gesellschaftlichen und
1662 wirtschaftlichen Strukturen im ländlichen Raum geprägt sein. Wir wollen eine Land- und Forstwirt-
1663 schaft, die in und mit dem Dorf lebt. Grunderwerb zu reinen Spekulationszwecken lehnen wir ab.
1664 Wir wollen, dass sich das Eigentum an land- und forstwirtschaftlichen Flächen möglichst in den
1665 Händen der wirtschaftenden Betriebe befindet. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe sollten orts-
1666 ansässig, selbst haftend und im regionalen Gemeinleben verwurzelt sein.

1667

1668 **Umweltschutz und Schutzmaßnahmen**

1669

1670 Eine erfolgreiche Umweltpolitik bedarf der engen Zusammenarbeit mit den Land- und Forstwirten;
1671 sie kann nicht gegen sie erreicht werden. Die Land- und Forstwirtschaft Sachsen-Anhalts trägt
1672 durch umweltgerechte Bewirtschaftungsmethoden zum guten ökologischen Zustand der Flächen
1673 und damit aktiv zum Naturschutz bei.

1674

1675 Auflagen, die die forst- oder landwirtschaftliche Produktion einschränken und aus Anforderungen
1676 des Naturschutzes oder des Wasserschutzes resultieren, wollen wir in Bewertung erbrachter
1677 Schutzleistungen und künftiger Herausforderungen entgelten.

1678

1679 Land- und Forstwirte sind für freiwillige Umweltleistungen gesondert zu entlohnen. Dafür setzen wir
1680 uns ein.

1681

1682 **Mit Flurneuordnung und Pflugtauschverfahren ländliche Strukturen sichern**

1683

1684 Die Flurneuordnungsverfahren insbesondere bei Infrastrukturmaßnahmen sind notwendig, um eine
1685 klare, neue Eigentumszuordnung durchzuführen. In die Verfahren der Flurneuordnung wird die
1686 Weiterentwicklung des ländlichen Wegebbaus integriert.

1687

1688 Die Pflugtauschverfahren sind eine kostengünstige und sinnvolle Ergänzung der Flurneuordnungs-
1689 verfahren, weil mit der Schaffung effizient zu bewirtschaftender Schlaggrößen die zukunftsorien-
1690 tierte Entwicklung der Betriebe möglich ist. Durch geeignete Maßnahmen ist der Pflugtausch als
1691 verlässliches Instrument nachhaltig zu stärken.

1692

1693 **Unsere Landwirtschaft erfolgreich am Markt**

1694

1695 Im Zuge der Globalisierung und der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäi-
1696 schen Union gelten auch für Land- und Forstwirtschaft immer stärker die Regeln des Marktes. Die-
1697 ser Herausforderung haben sich die Betriebe in Sachsen-Anhalt bisher erfolgreich gestellt. Künftig
1698 muss die Wertschöpfung je Hektar – durch tierische Veredlung und Sonderkulturen – weiter erhöht
1699 werden.

1700
1701 Chancen für die Stärkung der ökonomischen Basis unserer Landwirtschaft sehen wir auch in Er-
1702 zeugergemeinschaften sowie im regionalen Warenangebot. Die Position der Landwirtschaft ge-
1703 genüber Handel und Verarbeitung wollen wir stärken.

1704
1705 **Herstellung hochwertiger Nahrungsmittel als dauerhafte Aufgabe unserer Landwirt-**
1706 **schaft**

1707
1708 Auch vor dem Hintergrund einer weiter wachsenden Weltbevölkerung – und der Herausforderung
1709 der Versorgung der Menschen mit ausreichender und hochwertiger Nahrung – sehen wir das Pri-
1710 mat der Lebensmittelerzeugung.

1711
1712 Allerdings sind wir uns angesichts der Energiewende in Deutschland bewusst, welche Erwartun-
1713 gen an die Nutzung landwirtschaftlicher Rohstoffe gerichtet werden. Um die gesellschaftliche Ak-
1714 zeptanz zu sichern, die Biodiversität nicht zu gefährden und die Versorgung der Menschen mit
1715 Lebensmitteln zu gewährleisten, setzen wir auf ganzheitliche Konzepte, die dem Primärziel unse-
1716 rer Agrarbetriebe nicht entgegenlaufen.

1717
1718 Durch die Nutzung von geeigneten Standorten sowie die Verwertung von landwirtschaftlichen
1719 Reststoffen, die beispielsweise bei der Viehhaltung anfallen, setzen wir uns für eine Verringerung
1720 der Flächenkonkurrenz ein.

1721
1722 **Tierschutz weiterentwickeln und artgerechte, gesellschaftlich anerkannte und wett-**
1723 **bewerbsfähige Nutztierhaltung fördern**

1724
1725 Sachsen-Anhalt ist ein Land mit geringer Viehbesatzdichte. Diese umweltverträgliche Relation zwi-
1726 schen Fläche und Viehhaltung bietet eine gute Grundlage für die Stärkung unserer heimischen
1727 Nutztierhaltung. Dabei hat der verantwortungsvolle Umgang mit Tieren für uns – schon aus Res-
1728 spekt vor der Schöpfung – ganz besondere Bedeutung. Unsere Haus- und Nutztierhaltung muss
1729 stärker artgerecht erfolgen und weiter gestärkt werden. Der Anspruch der Weiterentwicklung ein-
1730 heitlicher Standards auf EU- sowie internationaler und nationaler Ebene auf Basis wissenschaftli-
1731 cher Erkenntnisse soll weiter verfolgt werden.

1732
1733 **Verbraucherschutz weiter stärken – gesunde Ernährung fördern**

1734
1735 Als CDU orientieren wir uns am Leitbild des mündigen und verantwortungsvollen Verbrauchers.
1736 Die Produktion von gesunden, unbelasteten Nahrungsmitteln steht im Mittelpunkt. Wir wollen uns
1737 dafür einsetzen, dass die Grundlagen für gesundes Ernährungsverhalten im Kindesalter gelegt
1738 werden.

1739
1740 **Gute Landwirtschaft – gute Ausbildung**

1741

1742 Wir brauchen auch morgen und übermorgen Frauen und Männer, die Landwirtschaft mit Können
1743 und Leidenschaft betreiben. Voraussetzung ist eine qualifizierte Aus-, Fort- und Weiterbildung, die
1744 weiterhin vom Land vorzuhalten ist.

1745
1746 Die Landwirtschaft der Zukunft braucht angesichts globaler Herausforderungen – wie etwa dem
1747 weltweiten Bevölkerungswachstum sowie dem Klimawandel – den technischen Fortschritt. Daher
1748 wollen wir ein positives Forschungsumfeld zur Förderung des Agrarclusters sicherstellen. Die Ko-
1749 operation mit anderen Bundesländern und dem Bund soll bei der landeseigenen Agrarforschung
1750 sowie dem Lehr- und Versuchswesen gestärkt werden. Ähnlich wie für die Landwirtschaft muss
1751 auch ein positives Forschungsumfeld zur Förderung des Clusters Holz und Forst sichergestellt
1752 werden. Unabhängige Forschungen und Entwicklungen sowie Innovationen sind wichtig für den
1753 Landwirtschafts- und Forststandort Sachsen-Anhalt. Wir unterstützen die Anwendung der Biotech-
1754 nologie, lehnen Patente auf Tiere und Pflanzen jedoch ab.

1755 1756 **Forstwirtschaft und Sachsen-Anhalts Wälder im Einklang**

1757
1758 Das heutige Deutschland ist – trotz hoher Siedlungsdichte und Industrialisierungsrate – in der EU
1759 ein vergleichsweise walddreiches Land und verfügt in seinen Wäldern über hohe Holzvorräte. In-
1760 nerhalb Deutschlands ist Sachsen-Anhalt eine eher waldarme Region. Seit 1992 konnte der Wald-
1761 anteil in Sachsen-Anhalt erheblich gesteigert werden. Unser Ziel ist es, diese positive Entwicklung
1762 fortzusetzen.

1763
1764 Damit sich unsere Forstwirtschaft, die von langlebigen Prozessen geprägt ist, auch weiter gut ent-
1765 wickeln kann, brauchen wir Kontinuität in den Strukturen. Wir halten an der bewährten und qualifi-
1766 zierten Ausbildung im Forstbereich fest.

1767 1768 **Holzressourcen für eine nachhaltige Nutzung und den Klima- und Umweltschutz** 1769 **sichern**

1770
1771 Die Sicherung der vorhandenen Holzressourcen für eine nachhaltige Nutzung ist für uns von
1772 enormer umwelt- und wirtschaftspolitischer Bedeutung, weil Wald und Holzprodukte als CO₂-
1773 Speicher eine herausragende klimatische Funktion erfüllen und der Cluster Forst und Holz gerade
1774 in Sachsen-Anhalt mit einer Vielzahl von Arbeitsplätzen in den strukturschwachen ländlichen Re-
1775 gionen wirtschaftspolitische Bedeutung hat.

1776 1777 **Wald und Forstwirtschaft im Klimawandel**

1778
1779 Wald und Forstwirtschaft leisten nicht nur einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz. Verände-
1780 rungen müssen aufgefangen werden durch den zielgerichteten Einsatz von Förderinstrumenten
1781 zur Erhöhung der organisatorischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Forstbetriebe. In-
1782 besondere im Klein- und Kleinstprivatwald wird unsere Unterstützung besonders im Bereich Ver-
1783 kauf und Vermarktung benötigt. Darüber hinaus ist die Sicherstellung des Forstschutzes im Wald
1784 bis hin zur logistischen und sonstigen Infrastruktur gefordert, um im Falle von Kalamitäten und
1785 Waldschäden im Wald handlungsfähig zu sein. Die Ausrichtung der Forstpolitik auf die zu erwar-
1786 tenden klimatischen Veränderungen mit einem ideologiefreien Leitbild für den Wald der Zukunft ist
1787 unerlässlich. Hier ist die Einführung eines Klimafonds notwendig.

1788 1789 **Forstwirtschaft sichern, forstliche Nachhaltigkeit und Multifunktionalität des Waldes** 1790 **gewährleisten**

1791

1792 Der Wald in Sachsen-Anhalt hat Nutz-, Schutz- und Lebensraumfunktionen. Die drei Säulen forstlicher Nachhaltigkeit spiegeln diese seit 300 Jahren wider. Ökonomie, Ökologie und der soziale
1793 Aspekt von Wald- und Forstwirtschaft finden sich in der Nutzfunktion, mithin die wirtschaftliche
1794 Verfügbarkeit der Ressource Holz, der Schutzfunktion, also den Schutzwirkungen des Waldes für
1795 die Umweltmedien Wasser, Boden, Luft einerseits und biologische Vielfalt andererseits sowie der
1796 Lebensraumfunktion für Erholung, Informationspool und Arbeitsplätze wieder.

1798

1799 Um den Wald nachhaltig zu erhalten, bedarf es eines angemessenen Wildbestandes, der über die
1800 Jagd reguliert werden muss.

1801

1802

1803 **13. BUNDES- UND EUROPAANGELEGENHEITEN**

1804

1805 **Die Bedeutung des Föderalismus**

1806

1807 Der Föderalismus spiegelt auf vielfältige Weise die Verbundenheit der Menschen mit ihrer Heimat
1808 wieder. Er hat sich als politische Organisationsform unseres Landes bewährt. Im Föderalismus
1809 stehen starke Länder für schwache ein. Wir wollen die Finanzbeziehungen zwischen Bund und
1810 Ländern nach dem Auslaufen des Solidarpakts II so ordnen, dass dieses Prinzip auch in Zukunft
1811 erhalten bleibt.

1812

1813 Der Länderfinanzausgleich bleibt ein wichtiges Instrument, um die Finanzkraftunterschiede der
1814 Länder solidarisch auszugleichen. Die gegenwärtigen Ausgleichsregelungen sind bis 2020 verein-
1815 bart. In der heutigen Ausgestaltung stehen Anreiz- und Ausgleichsfunktionen für Nehmer- und Ge-
1816 berländer nicht in Balance. Daher muss die Reform sowohl einen solidarischen und leistungsfähi-
1817 gen Ausgleich, als auch die Stärkung eines Anreizsystems nebeneinander beinhalten. Dies ist
1818 Voraussetzung für eine Verbesserung des wirtschaftlichen Wachstums und eröffnet die Chancen
1819 für eine größere finanzielle Selbstständigkeit der Länder.

1820

1821 **Sachsen-Anhalt – eine Region mit Perspektive in und für Europa**

1822

1823 Europa bedeutet für uns ein gemeinsames Wertefundament bestehend aus Demokratie, Freiheit
1824 und Menschenrechten. Die EU ist in erster Linie eine Idee für Frieden in einem geeinten Europa.
1825 Diese Bedeutung Europas sollte Grundlage des Handelns aller sein.

1826 Das Subsidiaritätsprinzip gehört zu den Grundlagen gemeinsamer europäischer Politik. Überge-
1827 ordnete Gemeinschaften sollen nur Aufgaben wahrnehmen, die die nachgeordnete kleinere Ge-
1828 meinschaft nicht ebenso gut oder gar besser erfüllen kann. Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich
1829 kontinuierlich für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips ein. Wir wollen damit unsere notwendi-
1830 gen regionalen Gestaltungsmöglichkeiten selbstbestimmt und eigenverantwortlich nutzen. Europa
1831 muss ein Europa der Regionen bleiben.

1832

1833 Sachsen-Anhalt ist heute ein moderner Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort mit europäischer
1834 Ausstrahlung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen im Land für die Nutzung
1835 des europäischen Wissenschafts- und Wirtschaftsraumes weiterhin verstärkt werden.

1836 Sachsen-Anhalt hat mit seinen abwechslungsreichen naturräumlichen Bedingungen, seiner gut
1837 aufgestellten Wissenschaftslandschaft und attraktiven Voraussetzungen für Wirtschaftsunterneh-
1838 men in zentraler Lage im europäischen Binnenmarkt viel zu bieten. Diese Stärken wollen wir in
1839 Europa sichtbarer machen.

1840

1841 **Die Erweiterung Europas und partnerschaftliche Beziehungen**

1842

1843 Die Wiedervereinigung Deutschlands und die europäische Einigung sind zwei Seiten der gleichen
1844 Medaille. Mit dem Fall des eisernen Vorhangs in Europa konnte die Erfolgsgeschichte der Euro-
1845 päischen Gemeinschaft kontinuierlich fortgeschrieben werden und zahlreiche neue Mitgliedsstaa-
1846 ten in die Europäische Union aufgenommen werden.

1847 Das Handeln der EU-Mitgliedsstaaten kann nur auf der Grundlage eines einheitlichen Werteger-
1848 rüsts mit einheitlichen Regeln erfolgreich sein. Die CDU Sachsen-Anhalts begrüßt es, dass die
1849 Europäische Kommission und das Europäische Parlament aus den Fehlern der Vergangenheit
1850 gelernt haben und heute konkreter und transparenter als jemals zuvor die Erfüllung der Eintrittsbe-
1851 dingungen bei den nun anstehenden Beitrittskandidaten überprüfen.

1852 Mit den Ländern, die nicht aufgenommen werden können, wie z.B. der Türkei, wollen wir eine privi-
1853 legierte Partnerschaft pflegen. Die Entscheidung des Europäischen Parlamentes, z.B. Bildungs-
1854 programme für diese Staaten zu öffnen, ist der richtige Weg.

1855

1856 **Europa ist die Zukunft – Stärkung der Europäischen Austauschkultur**

1857

1858 Da, wo Menschen in Europa sich in Beruf und Freizeit begegnen und voneinander lernen können,
1859 wächst Europa auf der Grundlage gemeinsamer Werte weiter zusammen. Die CDU Sachsen-
1860 Anhalt setzt sich für einen verstärkten Austausch und Partnerschaften zwischen Kommunen, Bil-
1861 dungseinrichtungen, Vereinen und Verbänden sowie für niedrigschwellige Sprachangebote in den
1862 Volkshochschulen ein. Wir wollen die europäische Idee der jungen Generation näher bringen, in-
1863 dem wir auf die bewährten Angebote des Schüler- und Jugendaustausches setzen.

1864 Städtepartnerschaften sind für den Austausch zwischen den Regionen sehr wichtig. Es ist unser
1865 Anliegen, die Beziehungen zwischen Städten zu mehren und zu intensivieren. Dabei geht es nicht
1866 nur um die Anzahl der Partner, sondern auch darum, ob dieser Austausch mit Leben erfüllt wird.

1867

1868 **Förderpolitik für eine erfolgreiche Entwicklung in Sachsen-Anhalt**

1869

1870 Die Europäische Kohäsionspolitik hat einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Entwicklung
1871 des Landes Sachsen-Anhalt nach der Wiedervereinigung geleistet. Das Land hat sich zu einem
1872 modernen Wirtschaftsstandort entwickelt, in dem traditionelle Branchen wie Chemie und Maschi-
1873 nenbau sowie die Ernährungswirtschaft zukunftsfähige Arbeitsplätze bieten, und neue Branchen
1874 im Bereich der Erneuerbaren Energien, der höheren Ressourceneffizienz oder der Bioökonomie
1875 Eingang in den europäischen Markt gefunden haben. Die attraktive Wissenschaftslandschaft hat
1876 dazu beigetragen, dass sich wissenschaftliche Exzellenz aus Sachsen-Anhalt in wesentlichen eu-
1877 ropäischen Herausforderungen wie Gesundheit, Landwirtschaft, Umwelt, Informations- und Kom-
1878 munikationstechnologien, Nanotechnologie, Schul- und Bildungsforschung sowie Sozialwissen-
1879 schaften durchgesetzt hat. Sachsen-Anhalt wird noch bis 2020 Transferleistungen aus den Struk-
1880 turfonds erhalten. Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich verstärkt dafür ein, dass diese Mittel für die
1881 wirtschaftliche, soziale und nachhaltige Entwicklung des Landes eingesetzt werden, um noch
1882 bestehende Entwicklungshemmnisse abzubauen und gleichzeitig neuen Herausforderungen wie
1883 dem demografischen Wandel begegnen zu können. Dabei wird sich die CDU weiterhin für eine
1884 enge Verbindung von Wissenschaft und lokaler Wirtschaft einsetzen, um Produkt- und
1885 Prozessinnovationen als Triebfedern der Wirtschaft zu ermöglichen. Gleichzeitig wird es bei
1886 weniger werdenden Transferleistungen auf eine intelligente Konzentration der Mittel auf
1887 dynamische, innovationsaktive Wirtschaftsbranchen und Clusterpotentiale ankommen, um Vorteile
1888 für Sachsen-Anhalts Unternehmen im europäischen Wettbewerb zu schaffen.

1889 Besonders für unsere Landwirtschaft ist die **Europäische Gemeinsame Agrarpolitik** sehr wichtig.
1890 Bei den anstehenden Reformen müssen gewachsene Strukturen berücksichtigt werden.

1891

1892 **Die Lehren aus der Staatsschuldenkrise – solide Haushaltsführung ist unerlässlich**

1893

1894 Die Staatsschuldenkrise in der EU ist eine Folge der Nicht-Einhaltung von Regeln bzw. der Auf-
1895 weichung von vorher klar definierten Regeln. Sie ist allerdings auch ein Ergebnis einer mangelnden
1896 Aufsicht von EU-Institutionen über die Haushaltspolitik einiger Euro-Mitgliedsländer.

1897

1898 Wir werden weiterhin deutlich machen, dass Verschuldung niemals folgenlos bleibt und nur eine
1899 solide Haushaltspolitik zukunftssträchtig ist. Deshalb setzen wir uns weiter dafür ein, dass die Ver-
1900 letzung der vereinbarten Haushaltsregeln deutliche Konsequenzen z.B. durch den Verlust von na-
1901 tionalen Hoheitsrechten hat.